GESCHÄFTSBERICHT
1991



Univ.-Bibl. Würzburg
08. Dez. 1992
21/Q7 85300

Postdienst
Deutsche Bundespost

INHALT

AUF EINEN BLICK 2

DIE AUFGABE 3
Lagebericht des Vorstands

DER AUFSICHTSRAT 14

DAS MANAGEMENT 16

DIE LEISTUNG 18
Briefdienste 18
Frachtdienste 21
Schalterdienste 24
Internationale Dienste 27
Philatelie 30
Zeitungsdienst 32
Rentendienst 34

DIE MITARBEITER 36
Bericht des Hauptpersonalrats 44

DIE PRÄSENZ 46
Direktionen

DIE BILANZ 47

Postdienst
Deutsche Bundespost

Der POSTDIENST ist wie auch die TELEKOM und POSTBANK seit der Strukturreform der Deutschen Bundespost ein eigenständiges Unternehmen.

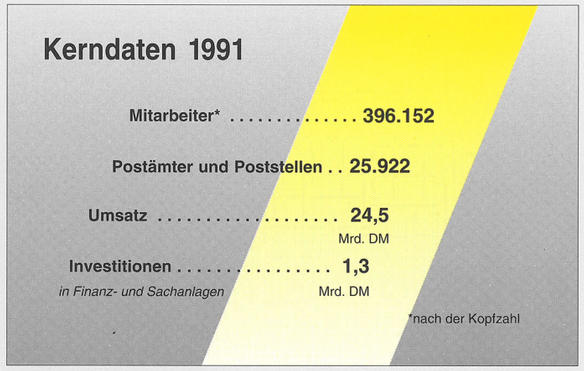
1991 war das zweite Geschäftsjahr des Unternehmens. Dieser Geschäftsbericht ist die erste gemeinsame Bilanz nach der Fusion mit der ehemaligen Deutschen Post.

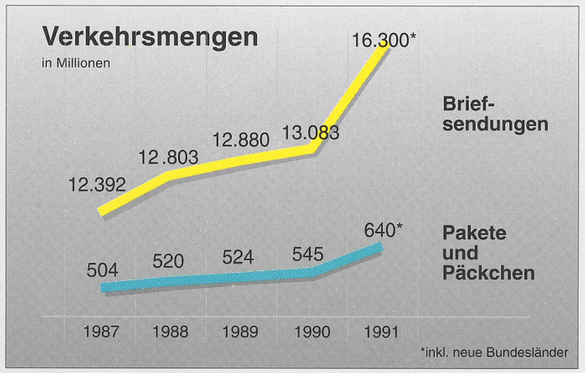
Der POSTDIENST versteht sich als ein Service-Unternehmen in der Kommunikations- und Transportwirtschaft. Als Dienstleister richtet es seine Angebote auf die Forderungen der privaten und gewerblichen Kunden aus.

Der POSTDIENST steht in vielen Bereichen im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft. Sie erfüllt zudem den ihr vom Staat vorgegebenen Infrastrukturauftrag einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung.

Die grundlegenden Ziele des POSTDIENSTES sind:

- Führerschaft in der Service-Qualität, auch im internationalen Maßstab.
- Umgestaltung von einer Behörde in ein modernes Unternehmen mit eigener Wirtschaftlichkeit.
- Einheitliches Angebotsspektrum und Qualitätsniveau für 79 Millionen Einwohner und die Wirtschaft in ganz Deutschland.







S 2715
Univ. Bibl. Würzburg

1991: AUF DEM WEG ZU EINEM ERFOLGREICHEN UNTERNEHMEN

Trotz ungewöhnlicher Herausforderungen: Ein großer Schritt nach vorn

1991 war das zweite Geschäftsjahr des jungen Unternehmens Deutsche Bundespost POSTDIENST. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch die Wiedervereinigung Deutschlands wurde ein großer Schritt auf dem Weg zu einem erfolgreichen Unternehmen in den alten und neuen Bundesländern getan.

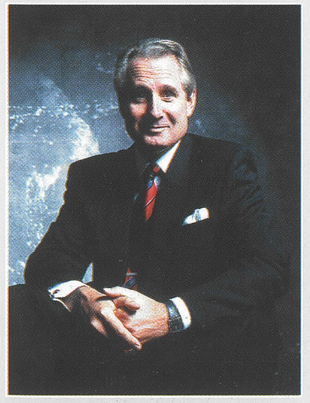
In den alten Bundesländern wurden die wirtschaftlichen Ergebnisse deutlich gesteigert und wichtige strategische Grundlagen für die Zukunft geschaffen.

In den neuen Bundesländern ist im ersten vollen Geschäftsjahr nach der Fusion mit der Deutschen Post der ehemaligen DDR die dramatische Sanierungsaufgabe in allen Einzelheiten deutlich geworden. Hier wurden durch umfangreiche Sofortprogramme die Leistungen für unsere Kunden erheblich verbessert bzw. Dienstleistungen wie die Paket-Zustellung an der Haustür neu eingeführt. Gleichzeitig konnte durch einschneidende Maßnahmen, z.B. Stellenabbau, die von den übernommenen großen Verlusten geprägte wirtschaftliche Situation verbessert werden.

ALTE BUNDESLÄNDER: DEUTLICHES WIRTSCHAFTLICHES PLUS

Umsatzsteigerung von fast 12 Prozent

In den alten Bundesländern wurden Erträge von insgesamt 22,3 Milliarden DM erwirtschaftet und damit eine Steigerung um fast 12 Prozent erzielt. Von den Umsatzerlösen in Höhe von insgesamt 19,4 Milliarden DM entfielen auf den Briefdienst 14,8 und auf den Frachtdienst 3,6 Milliarden DM. Im Zeitungsdienst betrugen die Erlöse 0,8 Milliarden DM. Die übrigen Erträge von 2,9 Milliarden DM enthalten vor allem die Kostenerstattungen der beiden Schwesterunternehmen TELEKOM und POSTBANK für die erbrachten Service- und Verbundleistungen.

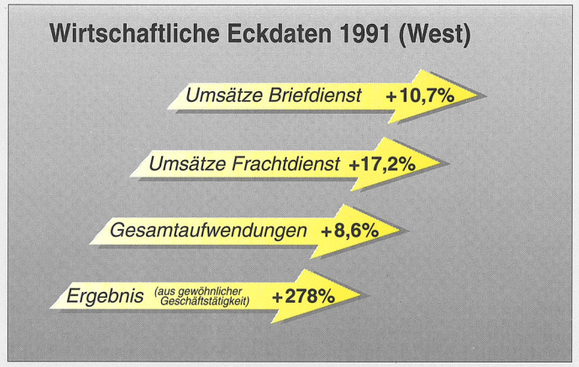

Dr. Klaus Zumwinkel

Im Briefdienst wurde die Verkehrsmenge um 6 Prozent auf 13,9 Milliarden Sendungen erhöht. Mit über 3,5 Milliarden beförderten Massendrucksachen konnte in diesem Teilbereich eine Steigerung von 21 Prozent erreicht werden.

Trendwende im Frachtdienst

Im Frachtdienst (Pakete, Päckchen) gelang 1991 mit einem Mengenplus von 12 Prozent eine wichtige Trendwende. Erstmals ist es gelungen, Marktanteile zurückzugewinnen.

Die Aufwendungen (ohne Ablieferung und Steuern) stiegen 1991 auf 21,7 Milliarden DM. Sie lagen damit um 8,6 Prozent über dem Vorjahreswert. Davon entfallen mit 16,7 Milliarden DM 77 Prozent auf den Personalbereich.



1991 konnte das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr fast vervierfacht werden. 1990 wurden 176 Millionen DM, 1991 665 Millionen DM erwirtschaftet. Nach der Ablieferung an den Bund, die nach wie vor 10 Prozent vom Umsatz beträgt, wird für die alten Bundesländer ein Verlust von 1.190 Millionen DM ausgewiesen.

Im Jahr 1991 nahm die „EMS Kurierpost GmbH“ erfolgreich ihre Geschäftstätigkeit auf. In Kooperation mit der Deutschen Bundespost POSTDIENST werden von 450 Mitarbeitern flächendeckend Kurierdienstleistungen (Stadt, Land und international) angeboten. Bereits im ersten Geschäftsjahr wurden im nationalen Bereich rund eine Million und im internationalen Bereich 1,6 Millionen Kuriersendungen befördert. Auch im ersten Quartal 1992 sind hohe Zuwachsraten zu verzeichnen.

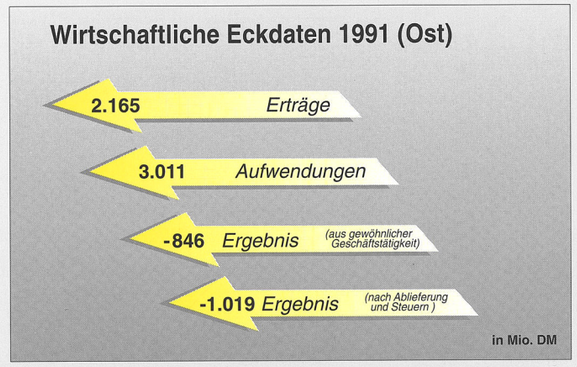
Neue Kurierdienste: EMS und GD Express Worldwide

Internationale Kurierdienstleistungen werden in einem weltweit wachsenden Wettbewerbsmarkt erbracht. Um den Kunden auch weiterhin ein konkurrenzfähiges erstklassiges Produkt anbieten zu können, haben sich die Postunternehmen von Frankreich, den Niederlanden, Schweden, Kanada und Deutschland mit dem internationalen Transport- und Kurierunternehmen TNT zum Gemeinschaftsunternehmen „GD Express Worldwide“ verbunden. Der POSTDIENST hält den größten Anteil unter den Postunternehmen. Entstanden ist eines der drei größten Kurierunternehmen in der Welt mit einem weltweiten Logistiknetz und dem Sitz in Amsterdam. Bereits 1992 werden Umsätze von weit über 1 Milliarde US-$ erwirtschaftet werden. In Europa operiert eine Flotte von 16 eigenen hochmodernen Frachtjets. Die zentrale Drehscheibe ist in Köln. Das ist für Deutschland, wegen der Laufzeiten und Anschlüsse, außerordentlich attraktiv.

Weltweites Logistiknetz

NEUE BUNDESLÄNDER: ERSTE PHASE EINER GROSSEN SANIERUNGSAUFGABE

Das Ausmaß der Sanierungsaufgabe machen einige wenige Ergebniszahlen des ersten vollen Geschäftsjahres in den neuen Bundesländern deutlich:



Auf 100 DM Erträge in den neuen Bundesländern werden 47 DM Verlust nach Ablieferung erwirtschaftet. Auch bei Einrechnung der zusätzlich erbrachten Wertschöpfung, u.a. für die zusätzlichen West-Ost-Verkehre, verringert sich der Verlust lediglich um etwa 250 Millionen DM.



Die Post erreicht jeden und ist jederzeit erreichbar. Dafür sorgen u.a. über 100.000 Zusteller.

Deutsche Post: Leistungsstand um Jahrzehnte zurück

Insgesamt war der Leistungsstand der ehemaligen Deutschen Post 30 Jahre hinter dem Standard westeuropäischer Postunternehmen zurückgeblieben.

Einige Beispiele für die Verbesserungsmaßnahmen des ersten Jahres:

Auf der Leistungsseite wurde bereits 1990 die erste Phase der Angleichung der Produkte und Qualitäten gestartet. Seit 1991 wird auch in den neuen Bundesländern die gesamte Produktpalette angeboten. Bei den Briefen wurde mit dem Abbau der Zustellfachanlagen und einer flächendeckenden Hausbriefkastenzustellung begonnen, ebenso mit dem flächendeckenden Paketzustelldienst für 16 Millionen Einwohner. Allein 10.000 neue Kraftfahrzeuge wurden beschafft. Die Laufzeiten sind durch den Einbezug in das Nachtluftpostnetz entscheidend verbessert worden.

Sozialverträglicher Personalabbau

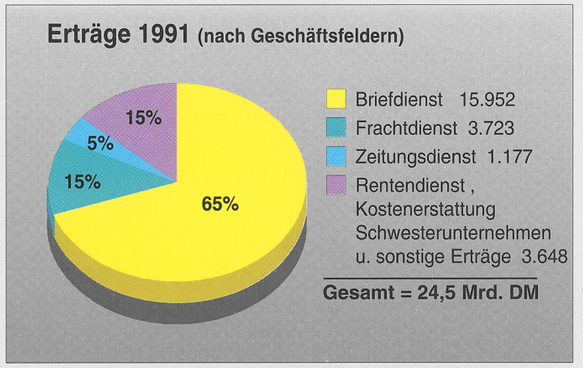
Auf der Kostenseite wurde den Defiziten durch schnelle Investitionen, neue Organisationen und Abläufe sowie durch Personalanpassungen gegengesteuert. Allein 1991 wurden über 8.400 Stellen eingespart. Dieser notwendige Sanierungsschritt konnte sozialverträglich gestaltet werden, so daß nur knapp 300 Kündigungen erforderlich waren.

GESAMTENTWICKLUNG 1991: START AUF EINER NEUEN BASIS

Im Unterschied zu 1990 legt das Unternehmen für 1991 erstmals eine konsolidierte Bilanz und eine gemeinsame Gewinn- und Verlustrechnung für beide Verkehrsgebiete West und Ost vor.

Erste gemeinsame Bilanz für Verkehrsgebiete Ost und West

Die hochdefizitäre Situation in den neuen Bundesländern wirkt sich negativ auf die gemeinsame Gewinn- und Verlustrechnung aus. Das Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit beträgt konsolidiert –181 Millionen DM. Der Verlust nach Ablieferung in den neuen Bundesländern (über 1 Milliarde DM) belastet das konsolidierte Ergebnis enorm. Insgesamt ist ein Fehlbetrag nach Ablieferung von 2,2 Milliarden DM ausgewiesen. Davon werden 2,0 Milliarden DM dem Unternehmen POSTDIENST im Wege des gesetzlich vorgesehenen Finanzausgleichs durch die Deutsche Bundespost TELEKOM erstattet.



Insgesamt investierte das Unternehmen 1991 über 1,3 Milliarden DM. Davon entfiel ein Viertel auf die neuen Bundesländer. Für 1992 ist eine Verdoppelung des Investitionsumfanges geplant. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag in den Bereichen Grundstücke und Gebäude sowie Förder- und Verteilanlagen.

Solide Eigenkapitalquote von 46,6 Prozent

Die Eigenkapitalquote ist weiterhin solide, obgleich die Bilanz der Deutschen Post der ehemaligen DDR am 1. 1. 1991 mit einer Eigenkapitalquote von lediglich 17,8 Prozent (davon entfielen auf eine Sonderrücklage 818 Millionen DM = 15,9 Prozent der Bilanzsumme) übernommen wurde. Die Bilanzsumme am 31.12.1991 erreichte 20,7 Milliarden DM. Der Eigenkapitalanteil lag mit 9,6 Milliarden DM bei 46,6 Prozent.



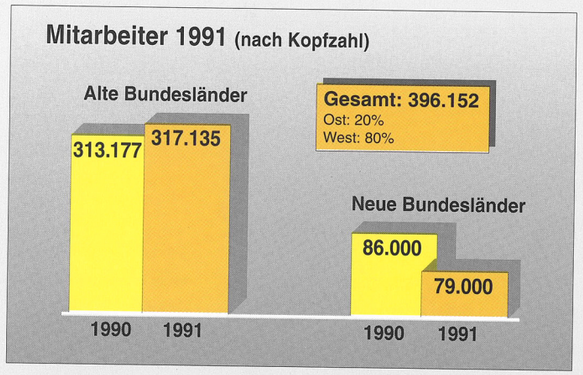


Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern: Das bedeutet auch mehr Service für die Postkunden durch die Umstellung von Zustellfachanlagen auf Hausbriefkästen.

UNSERE MITARBEITER: KOMPETENZ UND ENGAGEMENT

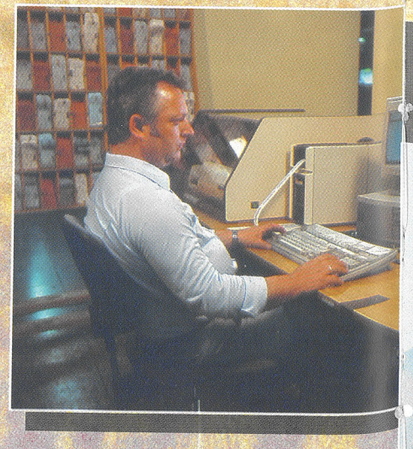
Mitarbeiter bestimmen Qualität und Erfolg

Am Jahresende waren im Verkehrsgebiet West 317.000 und im Verkehrsgebiet Ost 79.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Kopfzahl einschließlich Nachwuchskräfte) beschäftigt. Wir sind ein Dienstleistungsunternehmen, das seine Servicequalität jeden Tag neu erbringen muß. Dabei setzten unsere Mitarbeiter den Maßstab für Qualität und damit Erfolg. Durch die Neustrukturierung des POSTDIENSTES und die Integration der neuen Bundesländer ist deutlich geworden, daß dieses Unternehmen über ein Mitarbeiter-Potential verfügt, mit dem auch besondere Herausforderungen bewältigt werden können. Nur durch das Können und den motivierten Einsatz der Beschäftigten des POSTDIENSTES konnten wir unseren gemeinsamen Zielen im Geschäftsjahr 1991 ein so großes Stück näher kommen.



Erfolgreiche Qualitätsoffensive

So wurden in einer Qualitätsoffensive Brief im Frühjahr 1991 durch Zehntausende von Mitarbeitern die Laufzeit-Qualitätsverluste durch die Wiedervereinigung gemeistert. Eine Großkundenoffensive, die von einer neustrukturierten Vertriebsmannschaft nach vorne getragen wurde, brachte uns stolze Umsatzzuwächse, insbesondere im Frachtdienst. Die ungewöhnlichen Aufgaben in den neuen Bundesländern – an erster Stelle die Sicherstellung einer nationalen Postversorgung für 16 Millionen Einwohner – wären ohne das Können und den engagierten Einsatz unserer Mitarbeiter nicht zu bewältigen gewesen.



Auch auf der Schiene ganz groß: Mit 500 eigenen Post-Waggons wird die reibungslose Logistik bei der Beförderung per Bahn sichergestellt.

STRATEGISCHE NEUAUSRICHTUNG

Dramatischer Wandel der Märkte

In den 90er Jahren wird der Wandel der Märkte und des Umfeldes für unser Unternehmen dramatisch sein. Dieser Wandel zwingt zur Anpassung von Unternehmenszielen, Geschäftsstrategien und Organisationsstrukturen.

Neue Wettbewerber und Monopolabbau

Ein Beispiel für den Wandel ist die Intensivierung des Wettbewerbs. Das Postgeschäft ist weltweit durch eine Verschärfung des Wettbewerbs geprägt. Zum direkten Wettbewerb durch private Transportdienste (teilweise auch durch ausländische Postunternehmen) kommt der indirekte Wettbewerb durch Telekommunikation (Telefax). Weitere Deregulierung und Reduzierung der geschützten Bereiche (Postmonopole) sind, insbesondere innerhalb der EG, unverkennbar. Dieser verstärkte Wettbewerb erfordert die in der Marktwirtschaft erprobten Managementstrukturen und -systeme. Die politischen Vorgaben müssen abgebaut, Handlungs- und Gestaltungsspielräume müssen vergrößert werden. Länder, die dieser Richtung nicht folgen, werden im Postwesen international zurückfallen.

Vor dem Hintergrund der Verpflichtungen durch das Postverfassungsgesetz verfolgt die notwendige Neuausrichtung drei grundlegende Ziele (s. Grafik S. 10):

Qualitätsführerschaft, auch im internationalen Maßstab

Umgestaltung von einer Behörde in eine moderne Unternehmensorganisation für Kunden und Mitarbeiter

Ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen unter Berücksichtigung der Infrastrukturaufgaben





Die strategische Neuausrichtung unserer Kerngeschäfte ist der Schlüssel für den Unternehmenserfolg des POSTDIENSTES. Im Mittelpunkt stehen die Bemühungen um kundenorientierte Marktpolitik und wirtschaftliche Produktionssysteme. Nur durch gezielte Maßnahmen können wir rentabel wirtschaften und damit dauerhaft Arbeitsplätze für unsere Beschäftigten sichern. Die einzelnen Strategien befinden sich in unterschiedlichen Entwicklungsphasen.

NEUE KONZEPTE UND NEUE PRODUKTE

Erstes Frachtzentrum ist gebaut

Gute Fortschritte macht die Umsetzung unseres neuen Frachtkonzeptes. In Hagen wurde das erste der geplanten 33 Frachtzentren baulich fertiggestellt. Mit Vorrang werden jetzt die Frachtzentren in den neuen Bundesländern gebaut.

Briefkonzept: Neues Leistungsangebot

Auch das neue Briefkonzept kommt zügig voran. Eine Neuausrichtung unseres Leistungsangebotes wird mit einer grundlegenden Veränderung des Produktionssystems verknüpft. Dies wird für den Kunden zahlreiche Vorteile bringen und dem Unternehmen helfen, in den 90er Jahren in dem mit Abstand größten Bereich die Zukunft zu sichern.

Schalterdienst: Weniger Kosten und mehr Service

Im Schalterdienst wollen wir – neben einer deutlichen Kostenreduktion – eine nachhaltige Sicherung des Geschäftsvolumens und der Servicequalität erreichen. Diese Ziele müssen in enger Zusammenarbeit mit dem größten Nutzer, der Postbank, in ein Schalterkonzept umgesetzt werden.

Postzeitungsdienst: Defizit zu hoch

Ein Problemfeld bleibt der Postzeitungsdienst, in dem 1992 mit einem Defizit von 890 Millionen DM zu rechnen ist. Unser Ziel ist es, bundesweit einen leistungsfähigen Zeitungs- und Zeitschriftenvertrieb anzubieten. Dazu sind erhebliche Qualitätsverbesserungen sowie Rationalisierungsmaßnahmen geplant und neue Preisstrukturen in den nächsten Jahren erforderlich.

Zur Stärkung der Effizienz wird das neue Postleitzahlensystem beitragen, das zum 1. Juli 1993 gültig wird. Hier sind die Vorbereitungen voll im Zeitplan. Das neue System ist übersichtlicher und ermöglicht eine rationellere und zuverlässigere Bearbeitung der Postsendungen.

FUNKTIONALE STRATEGIEN SCHAFFEN EINE SOLIDE BASIS

Personalstrategie: Wettbewerbskonforme Produktivitätssteigerung

Bei den funktionalen Strategien wird es bei der Personalstrategie darauf ankommen, eine langfristige Arbeitsplatzsicherung durch wettbewerbskonforme Produktivitätsfortschritte und Personalentwicklungen zu erreichen. Soweit ein Stellenabbau damit verbunden ist, wird dieser sozialverträglich gestaltet werden. Durch das neue Frachtkonzept werden 3.000 Stellen bis 1995 abgebaut, wenn nicht eine weitere Ausweitung des Geschäftsvolumens diesen Abbau verringern kann. In der Verwaltung werden von ca. 60.000 Stellen durch Abbau überflüssiger Tätigkeiten und Einsatz moderner Methoden und Informationstechnologie 10.500 Stellen abgebaut. Im Brief- und Zeitungsdienst zielen neue Betriebssysteme auf eine Reduzierung von 20.000 der ca. 215.000 Stellen bis zum Jahr 2000. Dieser Stellenabbau läßt sich bei einer jährlichen Gesamtfluktuation von rund 13.000 Beschäftigten durch eine Verringerung der Zahl der jährlichen Neueinstellungen verwirklichen.

Organisationsstrukturen: Auf Wandel des Marktes reagieren

Neben der Personalstrategie kommt der Anpassung der Organisationsstrukturen an den Wandel des Marktes und des Umfeldes eine entscheidende Bedeutung zu. Schließlich soll die gesamte Neuausrichtung unseres Unternehmens in den 90er Jahren auf einer soliden Finanzbasis erfolgen.



In den neuen Bundesländern zielen alle Strategien auf einen Quantensprung in der Wirtschaftlichkeit und der Qualität und damit auf eine Vereinheitlichung der Postsysteme in beiden Teilen Deutschlands.

NEUE PRODUKTE UND INTERNATIONALISIERUNG

ePOST: Neuer elektronischer Briefdienst

Auf der CeBIT im März 1992 begann für das Unternehmen ein neues elektronisches Zeitalter im Dienste der Kunden. Der neue Dienst „ePOST" wurde erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Inzwischen läuft der Probebetrieb mit ausgewählten Kunden. Die Produktinnovation basiert auf der Idee, eine Nachricht so lange wie möglich in elektronischer Form zu transportieren und sie erst unmittelbar vor dem Zielort auszudrucken, zu kuvertieren, zu adressieren und in die bestehende Zustellorganisation einzuschleusen.

Ein grundlegender Wandel ist die Internationalisierung des Geschäftes. Das Unternehmen bereitet sich gezielt auf den künftigen Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt vor. Hier liegen erhebliche Chancen, aber auch Risiken. Die internationalen Dienste, die bislang erst 5 Prozent des gesamten Geschäftsvolumens ausmachen, werden sehr schnell an Bedeutung gewinnen. Die bislang im internationalen Bereich fehlende aktive Marktbearbeitung wird vorbereitet.

Kurierdienste: Neugründungen für weltweiten Service

Kurierprodukte, d.h. sehr schnelle Beförderungen von Briefen, Dokumenten und Paketen, gehören zum Kern des Postgeschäfts. Hier sind auf den nationalen und internationalen Kurierdienstmärkten erhebliche Veränderungen im Gange. International werden nur wenige große weltweite Netzbetreiber überleben. In 1991 wurden für das nationale Geschäft die Tochter EMS Kurierpost GmbH und für das internationale Geschäft das Gemeinschaftsunternehmen GD Express Worldwide gegründet.

AKTUELLE LAGE: AUF KURS

Postversorgung trotz Streik sichergestellt

Der nationale Poststreik im Mai war ein einschneidendes Ereignis für unser Unternehmen. Wir konnten allerdings trotz elf Tagen Streikdauer die Postversorgung für die deutsche Wirtschaft und die Bürger sicherstellen, wenn auch mit teilweise erheblichen Problemen in den Ballungsgebieten. Viele Maßnahmen, z.B. zentrale und regionale Einsatzzentren, konzentrierter Beamteneinsatz und fallweiser Ersatz des Nachtluftpostnetzes durch ein Nachtstraßennetz, trugen zu diesem Erfolg bei.

Tarifabschlüsse wirtschaftlich nicht vertretbar

Die Umsatzentwicklung wurde dennoch stark beeinträchtigt. Im Frachtdienst sind über 400 gewerbliche Kunden zu Wettbewerbern gegangen. Den Großteil haben wir allerdings wieder für uns zurückgewinnen können. Schließlich sind aber die Tariferhöhungen von 6,09 Prozent für den POSTDIENST wirtschaftlich nicht vertretbar. Insbesondere wenn man die Lohnnebenkosten und den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst für die neuen Länder einbezieht, wird die Kostenexplosion bei den Löhnen deutlich. 1991 stiegen die Personalaufwendungen um 2,1 Milliarden DM und damit auf 18,9 Milliarden DM. Im laufenden Jahr 1992 werden Personalaufwendungen um 1,8 Milliarden DM und damit ca.10 Prozent auf 20,7 Milliarden DM steigen. Diese Steigerungen von über 20 Prozent in zwei Jahren sind reine Lohnpreissteigerungen, da die Anzahl der Mitarbeiter sogar reduziert wird.

In den neuen Ländern verläuft die Umsatzentwickung enttäuschend. Wir liegen erheblich unter Plan beim Briefdienst, wenn auch über dem Vorjahr. Bei der Qualität werden die für dieses Jahr angestrebten Laufzeiten (Zustellung 2 Tage nach Einlieferung) in über 80 Prozent der Fälle erreicht. Trotz des geplanten Abbaus von 5.400 Stellen wird wegen der hohen Lohntarifsteigerung eine erhebliche Kostensteigerung eintreten. Wir rechnen mit einem Defizit für 1992 von deutlich über 1 Milliarde DM.

In den alten Bundesländern liegen wir – trotz der Streikeinbußen – leicht über dem Umsatzplan 1992. Bei den Kosten waren Streikkosten und der hohe Tarifabschluß für 1992 nicht eingeplant. Bei der Qualität wurde in diesem Jahr in allen



Monaten, bis auf den Streik, die Laufzeit E+1 bei 90 Prozent der eingelieferten Briefe, im Frachtdienst E+2 bei über 80 Prozent der Pakete und Päckchen erreicht.

■ In den alten Bundesländern sind wir in den ersten zwei Jahren den Zielen ein großes Stück nähergekommen. In den neuen Ländern wurden einschneidende Maßnahmen in den ersten 18 Monaten ergriffen, um die große neue Herausforderung zu bewältigen.

■ Insgesamt ist das Unternehmen POSTDIENST auf dem richtigen Weg. Die großen und schnellen Verbesserungen in den neuen Ländern und die bisherigen wirtschaftlichen Ergebnisse in den alten Bundesländern beweisen das.

BERICHT DES AUFSICHTSRATS



Dr. rer. pol. h.c. Walter Trux

■ Der Aufsichtsrat befaßte sich in seinen Sitzungen insbesondere mit dem Jahresabschluß 1990, dem Geschäftsverlauf des Jahres 1991, der Wirtschaftsplanung 1992, der mittelfristigen Wirtschaftsplanung sowie den langfristigen strategischen Konzeptionen und Programmen des Unternehmens. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat mit dem Vorstand zahlreiche Einzelfragen beraten und sich außerhalb der Sitzungen durch Gespräche und schriftliche Berichte informiert.

■ Einen besonderen Schwerpunkt bildete dabei das strategische Programm des Vorstandes für den Frachtdienst. Dieses soll langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens in diesem Geschäftsfeld gewährleisten, die Qualität der Dienstleistung für unsere Kunden verbessern und die Mehrheit der Arbeitsplätze der in diesem Gebiet beschäftigten Mitarbeiter sichern.

Frachtkonzept ausführlich begleitet

■ Der Aufsichtsrat hat zahlreiche Einzelaspekte sowie die Eingliederung dieses Programms in das strategische Rahmenkonzept des Unternehmens mit dem Vorstand erörtert und dem Programm dann zugestimmt. Im weiteren Verlauf des Jahres hat der Aufsichtsrat die schrittweise Implementierung verfolgt und dabei die Standortwahl und den Ankauf von Grundstücken für einen Teil der geplanten 33 Frachtzentren genehmigt.

■ Über die betrieblichen und personellen Probleme in den westdeutschen Ballungsräumen und über Maßnahmen zur Wahrung der Betriebsgüte ließ sich der Aufsichtsrat in mehreren Sitzungen eingehend informieren. Sein besonderes Interesse galt auch der Neuordnung der Postverhältnisse in den neuen Bundesländern

(Verkehrsgebiet Ost) und der umfangreichen sachlichen und personellen Unterstützung, die dort zur Beschleunigung des Postverkehrs geleistet werden muß.

Wirtschaftspläne für Ost und West verabschiedet

■ Im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben stellte der Aufsichtsrat die Eröffnungsbilanz für das Verkehrsgebiet 0st zum 1. Juli 1990 fest. Er verabschiedete nach ausführlichen Beratungen den Wirtschaftsplan 1991 für das Verkehrsgebiet 0st sowie Nachträge zu den Wirtschaftsplänen 1991 für die Verkehrsgebiete West und 0st und die Wirtschaftspläne 1992 für die Verkehrsgebiete West und 0st. Er beriet eingehend über die mittelfristige Wirtschaftsplanung des Unternehmens und verschiedene Preismaßnahmen im Fracht- und Postzeitungsdienst. Beschlüsse wurden gefaßt über mehrere Finanzbeteiligungen, eine Allgemeine Geschäftsordnung für das Unternehmen und über die Anpassung von Entgelten im Briefdienst.

■ Nach Beratung der Prüfungsberichte der Wirtschaftsprüfer und des Bundesrechnungshofes wurde dem Vorstand für das Geschäftsjahr 1990 in der Sitzung vom 6. Februar 1992 Entlastung erteilt. Der Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1991 ist von der Treuhand-Vereinigung AG geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Aufsichtsrat hat ihn in der Sitzung vom 9. September 1992 festgestellt.

Neue Mitglieder

■ Auf Vorschlag des Bundesministers für Post und Telekommunikation wurde durch Beschluß der Bundesregierung vom 28. August 1991 die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder Ida Krinner (Vertreterin der Anwender und Kunden) sowie Alfred Breier (Vertreter des Bundes) und Gebhard Gotterbarm (Vertreter des Personals) um fünf Jahre verlängert.

■ Konrad Porzner, MdB a. D., ist auf eigenen Wunsch wegen Übernahme anderer wichtiger Aufgaben aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Porzner für seine konstruktive Mitarbeit. An seiner Stelle wurde Dipl.-Ing. Helmuth Becker, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, durch Beschluß der Bundesregierung in den Aufsichtsrat berufen.

■ Mit Jahresende 1991 ist das Vorstandsmitglied Dipl.-Volksw. Franz Schöll in den Ruhestand eingetreten. Er war 14 Jahre als Ministerialdirektor im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen tätig. Dem Vorstand des Unternehmens gehörte er von Anbeginn an und war in dieser Funktion zwei Jahre tätig. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Schöll für seinen Einsatz in der schwierigen Aufbauphase.

■ Die Nachfolge hat Dr. Edgar Ernst angetreten. Seiner Berufung hat der Aufsichtsrat in der Sitzung vom l3. November l99l zugestimmt.

Der Aufsichtsrat

Dr. rer. pol. h.c. Walter Trux
Vorsitzender

Dr. Klaus Zumwinkel, Vorstandsvorsitzender

„Der POSTDIENST ist auf dem Weg von einer Behörde zu einem wettbewerbsfähigen Unternehmen. Wir setzen dieses konsequent um und haben 1991 einen weiteren Schritt nach vorn geschafft. Es ist eine Neuorientierung, die alle Bereiche des Unternehmens einschließt und ein grundsätzliches Umdenken erfordert.

Die neue Post ist ausgerichtet auf den Markt und die Kunden. Nur dort können wir uns den Erfolg sichern, den wir für die Zukunft brauchen. Wir wissen, daß wir schon jetzt und künftig noch stärker abhängig sind von unserer Wettbewerbsfähigkeit. Diese werden wir – aus eigener Kraft – weiter stärken."

Wolfhard Bender
Vorstandsbereich „Personal"

„Schwerpunkt in 1991 war die Integration des Personals aus den neuen Bundesländern in das Gesamtunternehmen. Dies ist uns gelungen. Wichtig für den POSTDIENST ist es jetzt, die Motivation und Leistungsbereitschaft unserer Mitarbeiter für die vor uns liegenden Aufgaben zu erhalten und zu steigern."

Dr. Edgar Ernst
Vorstandsbereich „Finanzen"

„Auf dem Wege zu einem wettbewerbsfähigen Unternehmen kommt es vorrangig darauf an, den eingeschlagenen Kurs der finanzwirtschaftlichen Solidität und Konsolidierung fortzusetzen. Nur so können wir die Chancen der politischen Wiedervereinigung Deutschlands und die sich durch ‚Europa '92' eröffnenden Möglichkeiten in den nächsten Jahren nutzen."



Der Vorstand *(von links):*
Richard Wohlfart,
Dr. Edgar Ernst,
Dr. Klaus Zumwinkel,
Dieter Seegers-Krückeberg,
Wolfhard Bender,
Dr. Hans-Dieter Petram,
Dr. Günter W. Tumm.

Dr. Hans-Dieter Petram
Vorstandsbereich „Schalter, Beschaffung"

„Das Image unseres Unternehmens wird besonders durch die Bereiche mit direktem Kundenkontakt geprägt. Zu diesen Bereichen gehört auch der Schalterdienst. Wir setzen hier auf unser kompetentes und freundliches Personal. Unser neues Schalterkonzept wird die Grundlage sein für ein kundengerechtes Dienstleistungsangebot und ein optimal angelegtes Verkaufsstellennetz."

Dieter Seegers-Krückeberg
Vorstandsbereich „Fracht"

„Mit der im Geschäftsjahr 1991 im Frachtdienst erzielten Absatz- und Umsatzsteigerung konnten erstmals seit vielen Jahren wieder Marktanteile zurückgewonnen werden. Wir sehen dies als ein Ergebnis unserer infrastrukturellen Leistung in den neuen Bundesländern und des aktiveren Zugehens auf den Kunden."

Dr. Günter W. Tumm
Vorstandsbereich „Produktion Brief"

„Im Interesse unserer Kunden haben wir eine hohe Qualität zur Maxime unseres Handelns auf allen Ebenen gemacht. Schnelligkeit und Zuverlässigkeit werden auch zukünftig in ganz Deutschland die Markenzeichen unseres Unternehmens sein."

Richard Wohlfart
Vorstandsbereich „Marketing Brief"

„1991 war das Jahr der Massendrucksache. Zuwachsraten von über 20 Prozent und ein Anteil von rund 25 Prozent am Gesamtverkehrsaufkommen des Briefdienstes unterstreichen die Bedeutung dieser Dienstleistung für die Wirtschaft. Auch in den kommenden Jahren wird der Werbemarkt ein wichtiges Segment im unternehmenspolitischen Konzept des Briefdienstes sein. Die Wiedervereinigung Deutschlands hat zu einem zusätzlichen Nachfrageschub im Briefdienst geführt."

BRIEFDIENST: WACHSTUMSPOTENTIAL VORHANDEN

Der Briefdienst konnte 1991 seine Rolle als bedeutendster Geschäftszweig des POSTDIENSTES festigen. Mit seinen vielfältigen Formen und Möglichkeiten der Übermittlung schriftlicher Nachrichten erwies er sich zudem als ein Bereich mit Wachstumspotential. 1991 stieg die Zahl der Sendungen insgesamt um ca. 6,0 Prozent.

16,3 Milliarden Sendungen befördert

Bei den eingelieferten Sendungen im Verkehrsgebiet West gab es gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von rund 6 Prozent. Im Verkehrsgebiet Ost stieg die Menge der eingelieferten Sendungen im Berichtsjahr um rund 6,4 Prozent. Einschließlich der aus dem Verkehrsgebiet Ost und dem Ausland eingegangenen Sendungen wurden insgesamt fast 16,3 Milliarden Briefsendungen, das sind Briefe, Postkarten, Briefdrucksachen, Drucksachen, Bücher-, Waren-, Blindensendungen, Massendrucksachen und Wurfsendungen befördert. Dies entspricht einer Zunahme von 760 Millionen Sendungen.

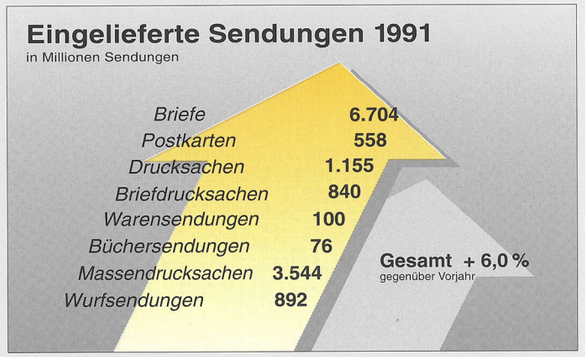
Im Wettbewerb mit neuen Medien

Der Briefdienst befindet sich trotz des Beförderungsvorbehalts in einem ausgeprägten Wettbewerb. Der Brief konkurriert in einem insgesamt wachsenden Kommunikationsmarkt mit den sich immer schneller entwickelnden elektronischen Medien. Die Massendrucksache steht im Wettbewerb mit anderen Werbemedien. Dennoch haben beide Segmente auch im Berichtsjahr Steigerungsraten aufzuweisen. Die Massendrucksache konnte sogar mehr als 23 Prozent Sendungsvolumen hinzugewinnen.



Kundennähe ist für den POSTDIENST kein Schlagwort, sondern tägliche Praxis.

Eine zentrale Neuerung, die das Selbstverständnis als Dienstleister unterstreicht, sind die am 1. Juli 1991 im gesamten Bundesgebiet eingeführten Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Briefdienst Inland. Sie ersetzen die bisherigen Verordnungen und stellen die Rechtsbeziehungen zu den Kunden auf eine zivilrechtliche Grundlage. Vom gleichen Zeitpunkt an wurden in den alten wie in den neuen Bundesländern auch alle Dienstleistungen zu einheitlichen Entgelten angeboten. Das Porto für Briefsendungen war bereits zum 1. April 1991 angeglichen worden.



ELEKTRONISCHER BRIEFSERVICE EINE NEUE QUALITÄT

Netz mit Druck- und Empfangsstationen

Eine neue Qualität und damit neue Marktchancen erhält der Briefdienst durch die ePOST. Für diesen elektronischen Briefservice baut der POSTDIENST derzeit ein Netz mit zunächst fünf Empfangs- und Druckstationen auf. Mit der Installation des ersten technischen Systems in Frankfurt am Main wurde im Dezember 1991 begonnen.



Aus dem PC auf den Postweg

Ab Mitte 1992 können die Postkunden, die bereits am Pilotbetrieb teilnehmen, ihre Briefsendungen über PC und kommerzielle Großrechner elektronisch einliefern und so von ihren technischen Einrichtungen aus auch Partner ohne eigene Endgeräte auf dem normalen Postweg erreichen.

Die aus den elektronischen Informationen in den empfängernahen Druckstationen zu Papier gebrachten Sendungen können als Briefe, Briefe mit Eilzustellung, Telebriefe, Briefdrucksachen, Drucksachen oder Massendrucksachen an die Empfänger weitergeleitet werden. Die Gestaltungsmöglichkeiten entsprechen dem im Geschäftsverkehr üblichen Schriftwechsel (z. B. Geschäftsbriefe, Rundschreiben, Rechnungen, Werbesendungen). Die Verwendung firmeneigener Briefbögen und Formulare ist ebenso möglich wie der Einsatz von Graphiken und elektronischen Overlays.

ePOST bietet auch internationale Verbindungen

Der elektronische Briefservice soll ab Ende 1992 mit gleichartigen Dienstleistungen anderer Länder verbunden werden. Die ePOST bietet dann im Bereich der internationalen Briefsendungen die Möglichkeit, deutlich verkürzte Laufzeiten zu erzielen.

Ein bereits am Markt erprobter elektronischer Service ist der Telebriefdienst. Er wird seit dem 25. November 1991 auch in den neuen Bundesländern angeboten. Zunächst sind 20 Städte mit 30 Postämtern an diesen Dienst angeschlossen. Der weitere Ausbau wird zügig fortgesetzt.

FRACHTDIENST: DIE TRENDWENDE GESCHAFFT

Im Frachtdienst wurde 1991 die Trendwende erreicht. Im Wettbewerb mit den privaten Anbietern konnten mit einem erfreulichen Umsatzplus von 11,6 Prozent erstmals Marktanteile hinzugewonnen werden. Das Frachtgeschäft wurde zudem durch Veränderungen in der Logistik und eine Neuorganisation der Kundenbetreuung auf eine effizientere Basis gestellt.

640 Millionen Sendungen im Frachtdienst

Gegenüber 1990 nahm die Gesamtzahl der eingelieferten Paketsendungen und Päckchen um 11 Prozent auf 640 Millionen zu. Die Umsatzerlöse erreichten 3,6 Milliarden DM. Getragen wurde die positive Entwicklung von den in den alten Bundesländern erzielten Zuwächsen (12 Prozent Mengensteigerung auf 609 Millionen Sendungen, 12 Prozent Umsatzsteigerung auf rund 3,4 Milliarden DM). Demgegenüber konnten in den neuen Bundesländern lediglich eine Einlieferungsmenge von 31 Millionen Sendungen (– 4,9 Prozent) und Umsatzerlöse von 143,6 Millionen (+ 5,1 Prozent) erzielt werden.

Intensive Marktbearbeitung

Ein wesentlicher Teil der Absatz- und Umsatzsteigerung im Frachtdienst kann auf die im Geschäftsjahr 1991 weiter intensivierte Marktbearbeitung zurückgeführt werden. Der Bereich Geschäftskundenberatung wurde neu organisiert und in seiner Vertriebskapazität weiter ausgebaut. Optimale Beratung und Betreuung unserer Geschäftskunden sind auch weiterhin vorrangige Ziele unseres Unternehmens.



Ob Briefe, Päckchen oder Pakete; ob Großstadt oder Einzelhof, der POSTDIENST garantiert flächendeckend in ganz Deutschland die Zustellung bis an die Haustür.

EINHEITLICHE TARIFE FÜR GANZ DEUTSCHLAND

Neue Bundesländer: Besondere Leistungsstärke gegenüber Wettbewerbern

Ein anderer entscheidender Grund für die positive Geschäftsentwicklung war die Leistungsstärke der Deutschen Bundespost POSTDIENST im Verkehr mit den neuen Bundesländern. Hier stellte sich die Aufgabe, die Leistungsfähigkeit des Produktionssystems auf das an die alten Bundesländer angeglichene Angebot und auf die wiederum erheblich angestiegenen Verkehrsmengen auszurichten.

Die intensive Umsetzung dieser Herausforderung führte dazu, daß der POSTDIENST auch 1991 der einzige Dienstleister war, der in den neuen Bundesländern Pakete in den geforderten Mengen und flächendeckend auch an private Empfänger verteilen konnte. Hinzu kam, daß der POSTDIENST für den Transport in die neuen Bundesländer die gleichen Tarife wie in den alten Bundesländern anbietet. Das Unternehmen erfüllte damit seine infrastrukturellen Verpflichtungen, obwohl es einen Produktionsapparat übernahm, der den Mengen-Anforderungen nicht gewachsen war und eine logistisch äußerst unwirtschaftliche Struktur aufwies.

Viele Dienste neu eingeführt

Zum 1. Juli 1991 wurde das gesamte in den alten Bundesländern bereitstehende Dienstleistungsangebot des Frachtdienstes auch auf die neuen Bundesländer übertragen. Dazu gehören das Selbstbucherverfahren, die Sendungsart Postgut, die Wiedereinführung der Paketzustellung und die Aufhebung des gegenüber dem normalen Paket teureren Wirtschaftspakets.

Um diese deutliche Erweiterung des Leistungsangebots in die Praxis umzusetzen, waren große Anstrengungen erforderlich. Hierzu zählen die Einrichtung von 2.800 Paketzustellbezirken mit der dazu erforderlichen Bereitstellung und Qualifizierung von Personal, die Ausstattungen mit Fahrzeugen und weiteren Sachmitteln. Bis Ende 1991 konnte die Paketzustellung in den neuen Bundesländern bereits wieder zu 85 Prozent eingerichtet werden.

DIENSTGÜTE UND LAUFZEITEN ERHEBLICH VERBESSERT

Frachtbearbeitung vereinheitlicht

Auch in den übrigen Produktionsstufen konnte die Frachtbearbeitung bereits weitgehend vereinheitlicht werden. Die Dienstgüte und die Laufzeiten wurden durch technische und logistische Maßnahmen erheblich verbessert.

Mit Sofortmaßnahmen dreifaches Mengenplus bewältigt

Begleitet wurden diese Bemühungen von einem nochmaligen starken Anwachsen der Verkehrsmenge in die neuen Bundesländer, insbesondere im vierten Quartal 1991. Hier waren Tagesmengen von bis zu 950.000 Paketen und Päckchen in den dortigen Umschlagstellen, der Eingangsverteilung und Auslieferung zu bewältigen. Das bedeutete eine teilweise Verdreifachung gegenüber 1990 und Verzehnfachung gegenüber 1989. Mit einer Reihe wirksamer Sofortmaßnahmen, z.B. Anmietung von Hallen und Kraftfahrzeugen, Heranziehen von Sachmittelreserven aus den alten Bundesländern, durch Einstellung von Arbeitskräften und den befristeten Einsatz betriebserfahrener Kräfte aus den alten Bundesländern wurde die erforderliche Leistungssteigerung erreicht.



Die Fracht-Logistik des POSTDIENSTES nutzt alle Transportmittel.

SCHALTERDIENST: KUNDENNÄHE DAS GROSSE PLUS

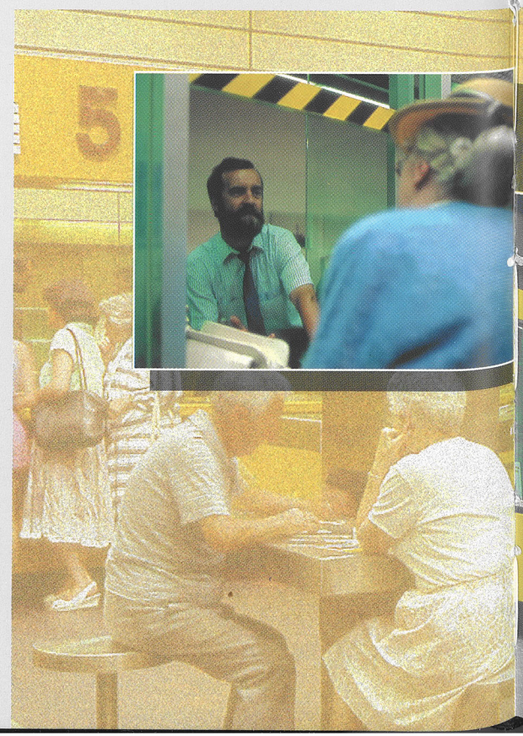
Mit über 26.000 Standorten verfügt die Post über ein einmaliges Filialnetz. Diese Präsenz bietet insbesondere für die Hauptnutzer POSTDIENST und POSTBANK viele – zum Teil noch ungenutzte – Marktchancen. Für die Neuausrichtung des Schalterdienstes ist ein Konzept in Arbeit, dessen Detailplanung und Abstimmung mit den Partnerunternehmen eine der Kernaufgaben ist.

Flächendeckende Verfügbarkeit

Für den POSTDIENST ist die strategische Neuausrichtung des Schalterdienstes eine zentrale Aufgabe im Wettbewerb um bestehende und neue Märkte. Die kundennahe Verfügbarkeit unserer Dienstleistungen ist dabei das großes Plus. Die Sicherstellung flächendeckender Verfügbarkeit, kundenfreundliche Öffnungszeiten, ein konkurrenzfähiger Service-Standard und eine hohe Effizienz der Organisation sind die Eckpunkte für das neue Schalterkonzept. Hinzu kommen Strategien für eine Ausweitung des bisherigen Angebotes unter Ausnutzung neuer Produkte und Märkte.

Universalschalter bleibt Standard

Der Universalschalter sollte weiterhin der Schwerpunkt unseres Dienstleistungsangebotes sein. Hier findet der Kunde die ganze Palette unserer Produkte und Dienstleistungen. Ergänzend dazu sollen für komplexere Kundenwünsche Spezialschalter eingerichtet werden, z.B. für Bankberatungen und Verkauf von Postwertzeichen für Philatelisten. Der Paketschalter ist in diesem Sinne ebenso ein Spezialschalter.



Der Schalterdienst ist für den POSTDIENST die Nahtstelle zum Kunden.

POSTBANK wichtiger Partner im neuen Schalterkonzept

Bei den Überlegungen zur Neuausrichtung des Schalterdienstes kommt aus unserer Sicht der POSTBANK eine wesentliche Rolle zu. Nur so ist es möglich, das Schalternetz zu optimieren und bestmöglich auf die Kundenwünsche und auf die Anforderungen aller Netznutzer einzugehen. Die Erarbeitung, Umsetzung und spätere Führung des neuen Schalterkonzeptes sollte in gemeinsamer Verantwortung und Mitbestimmung zwischen POSTDIENST und POSTBANK erfolgen.

GUTE NOTEN FÜR DEN SCHALTERDIENST

Die Nahtstelle zum Markt prägt das Image

Der Schalter ist die Nahtstelle zum Markt, an der unser Bild in der Öffentlichkeit entscheidend geprägt wird. Der Kunde ist hier König und entscheidet über unseren Erfolg. Eine Befragung von Postkunden im Jahr 1991 hat unterstrichen, daß der POSTDIENST hier auf einem soliden Fundament aufbauen kann. Die beauftragte Marktforschungsgesellschaft ermittelte, daß 98 Prozent der Befragten die Schalterkräfte für kompetent und freundlich halten. Die Umfrage ergab zudem eine hohe Akzeptanz des Schalterdienstes. Etwa 70 Prozent der erwachsenen Bundesbürger suchen mindestens einmal im Monat ein Postamt oder eine Poststelle auf. Eine Hochrechnung ergab über 34 Millionen Kundenkontakte im Monat.



Auch Dienstleistungen für Dritte

Über die Schalter des POSTDIENSTES werden im traditionellen Verbundbetrieb Dienstleistungen bzw. Produkte aller drei Unternehmen der Deutschen Bundespost angeboten. Hinzu kommen Leistungen für Dritte – dies sind im wesentlichen Leistungen für öffentliche Verwaltungen. Neben dem reinen Verkauf nimmt der Bereich der Kundeninformation und -beratung einen immer größeren Stellenwert ein. Dies zeigt sich in der wachsenden Zahl von kundenfreundlich gestalteten besonderen Informations- und Beratungsbereichen, die in erster Linie den Privatkunden dienen. Die auf die speziellen Bedürfnisse von Geschäfts- und Großkunden ausgerichtete Beratung wird von besonders geschulten Kräften an anderer Stelle durchgeführt, am Schalter jedoch oft vermittelt.

SCHALTERNETZ NACH BEDARF AUSGERICHTET

Verkehrsmengenzählungen belegen Nachfrage

Die Schalterleistungen werden in Verkaufsstellen verschiedener Organisationsformen angeboten. In Abhängigkeit von der durchschnittlichen Nachfrage nach Schalterleistungen, die auf der Basis sogenannter Verkehrsmengenzählungen ermittelt wird, werden die Verkaufsstellen in Postämtern, Poststellen I und Poststellen II unterschieden. In den alten Bundesländern sind es über 17.000 Verkaufsstellen, in den neuen Bundesländern soll die Netzdichte an das Niveau der alten angepaßt werden.

Zu diesem ortsfesten Schalternetz kommen in einigen ländlichen Regionen fahrbare Postschalter, die an Haltepunkten mit festgelegten Servicezeiten fast das gesamte Leistungsspektrum der Postämter anbieten.

Sonderservice für Messen und Ausstellungen

Einen besonderen Service bietet der POSTDIENST für Ausstellungen und Messen, Kongresse, Sport- und sonstige Veranstaltungen an. Für solche Anlässe können auf Antrag des Veranstalters Sonderpostämter eingerichtet werden.

Kundennähe garantieren auch die knapp 7.000 „Amtlichen Abgabestellen für Postwertzeichen“ und die rund 28.000 Briefmarkenautomaten.

STÄRKUNG DURCH MEHR KOOPERATION

Der internationale Brief- und Frachtdienst ist geprägt durch eine deutliche Intensivierung des grenzüberschreitenden Wettbewerbs. Der POSTDIENST hat auf die veränderten Rahmenbedingungen mit einer Verstärkung der Kooperation innerhalb der weltweiten Postorganisation reagiert und gemeinsame Aktivitäten beschlossen und umgesetzt.

927 Millionen Sendungen im internationalen Verkehr

1991 wurden insgesamt 387 Millionen Briefe, Postkarten, Drucksachen und Päckchen in das Ausland versandt. Den größten Anteil daran hat der Brief. Drei von vier internationalen Briefsendungen werden in europäische Länder verschickt. Aus dem Ausland gingen rund 540 Millionen Briefsendungen ein.

Der internationale Briefdienst sieht sich zunehmender Konkurrenz durch andere Kommunikationsmittel gegenüber. Für eine eilige kurze Mitteilung wird zwischen Geschäftskunden immer häufiger der Telefaxdienst genutzt. Daneben agieren auf dem Kommunikationsmarkt sogenannte „Remailfirmen“, die Massendrucksachen deutscher Absender über postalische „Billigländer“ nach Deutschland einliefern.

Werbeantwortdienst für 23 Länder

Behaupten konnte sich die internationale Massendrucksache, das Medium für die Direktwerbung. Der internationale Werbeantwortdienst wird nunmehr für 23 Länder angeboten.



INTERNATIONALER FRACHTDIENST: RÜCKGANG ABGESCHWÄCHT

Gesamtvolumen: 11,7 Millionen Sendungen

Im internationalen Frachtdienst schwächte sich der seit 1989 zu verzeichnende Verkehrsmengenrückgang deutlich ab. Während es 1990 im Vergleich zum Vorjahr noch 9,5 Prozent waren, betrug der Rückgang 1991 nur noch 5,1 Prozent. Das Gesamtvolumen lag bei ca. 11,7 Millionen Sendungen im Paketeingang und -abgang.

Consignment: Neuer Paket-Logistik-Service

Um dem Abwärtstrend weiter entgegenzuwirken, wurden erste Gespräche mit ausländischen Postverwaltungen zur Einführung von Consignment, einem neuen Paket-Logistik-Service für den internationalen Waren- und Güteraustausch, geführt. Dieser neue Service spricht gezielt gewerbliche Versender an und bietet diesen ein vereinfachtes, preisgünstigeres und schnelleres Versandverfahren für Kleingutsendungen.

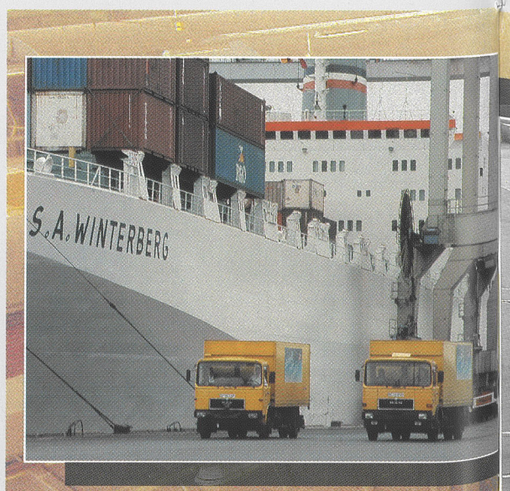
Auch zur Verbesserung der Laufzeiten und der Zuverlässigkeit im internationalen Frachtdienst wurden Verhandlungen mit ausländischen Postverwaltungen aufgenommen. Ziel ist es hierbei, verbindliche Qualitätsstandards zu vereinbaren.

CEPT-Staaten: Einheitliches Produktkonzept

Ein weiteres Ziel ist die marktgerechte Umgestaltung der Produktpalette des internationalen Frachtdienstes. Hier erzielte die Arbeitsgruppe „Postpakete" der Europäischen Konferenz der Verwaltungen für Post und Fernmeldewesen (CEPT) im Juni 1991 unter deutschem Vorsitz Übereinstimmung über ein einheitliches Produktkonzept aller CEPT-Staaten mit klarer, an der Laufzeit orientierter Produktdifferenzierung.

Zentrale Auskunftsstelle für den Auslandspostdienst

Einen zusätzlichen Kundenservice kann der POSTDIENST durch die 1991 eingerichtete „Zentrale Auskunftsstelle für den Auslandspostdienst" mit Sitz in Frankfurt anbieten. Sie beantwortet sowohl Fragen der Geschäfts- als auch der Privatkunden zum internationalen Brief- und Frachtdienst.



Osteuropa: Verbindungen neu eingerichtet

Auch die politischen Veränderungen in Osteuropa wurden, was den Postverkehr angeht, von der Deutschen Bundespost POSTDIENST aktiv begleitet. So sind eine Reihe von direkten Postverbindungen, z. B. mit den baltischen Staaten, neu eingerichtet worden.

Neue Organisation verstärkt internationale Kooperation

Den Willen zu einer verstärkten internationalen Kooperation bekräftigten die Mitgliedsländer der CEPT auch auf ihrer Außerordentlichen Vollversammlung im September 1991 auf Rhodos. Es wurde beschlossen, eine eigene Organisation der öffentlichen Betreiber des Postwesens zu gründen. Die Vorbereitungen laufen.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Weltpostverein als Basis für multilaterale Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern ist durch Berater und Experten sowie mit der Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus diesen Ländern erfolgreich fortgesetzt worden. Im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit mit dem Weltpostverein, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, gab es Einsätze z.B. in Honkong, Indonesien, Nigeria und Singapur. Bei den Beratern und Führungskräften handelte es sich um Stipendiaten der Bundesregierung und des Weltpostvereins, die beim POSTDIENST in der Praxis ihre Kenntnisse vertiefen und sich über neue Entwicklungen informieren konnten. Im Laufe des Jahres 1991 wurden Kräfte aus Ägypten, Äthiopien, Bangladesh, Bhutan, China, Fidji, Indien, Indonesien, Kiribati, Malediven, Myanmar, Pakistan, Philippinen, Senegal, Thailand, Tschad, Tunesien, Tuvalu und West-Samoa fortgebildet.



PHILATELIE: MARKTNAHE ANGEBOTE

Ein Jahr der Rekorde bei den Sondermarken und gleich mehrere neue Serviceangebote für Philatelisten waren die herausragenden Merkmale im Bereich der Philatelie.

843.000 Sammler-Abonnements

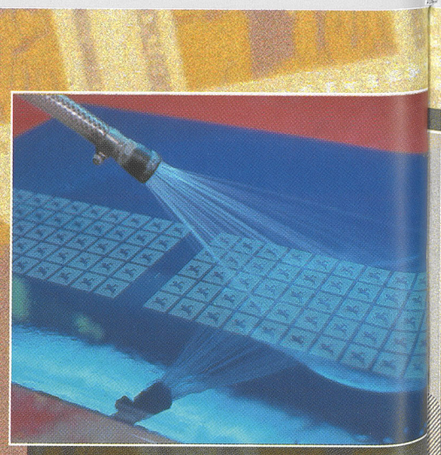
Die Deutsche Bundespost POSTDIENST verfügt mit den drei Versandstellen für Postwertzeichen in Berlin, Frankfurt am Main und Weiden über Spezialdienststellen, die 843.000 Sammler-Abonnements betreuen. Sie bilden das Rückgrat des Sammler-Services und haben durch den ständigen Kontakt mit Briefmarkensammlern eine hohe Kompetenz auf dem Gebiet der Philatelie.

Abgestimmt auf das aktuelle Nachfrageverhalten auf dem Philateliemarkt, wurden 1991 gleich mehrere neue Angebotsformen des Versandstellen-Abonnements eingeführt. Mit dem „Start-Abonnement", dem „Probe-Abonnement", dem „Geschenk-Abonnement" und der „Freundschaftswerbung" sind auf die verschiedenen Kundenwünsche ausgerichtete Produktinnovationen eingeführt worden, mit denen erfolgreich neue Abonnenten gewonnen werden konnten.

Kundenzeitschrift „unser hobby" in Vorbereitung

Neben dem Werben und Gewinnen neuer Kunden kommt – bei einem derart großen Bestand – der Pflege der vorhandenen Kunden eine ganz erhebliche Bedeutung zu. Um die erfreulich hohe Dauer der Abonnements weiter zu verbessern und die bestehende Kundenbindung zu vertiefen, wurde 1991 die Herausgabe einer eigenen Kundenzeitschrift „unser hobby" vorbereitet.

Weiterhin auf Erfolgskurs befinden sich die beiden Philatelieprodukte für Kinder und Jugendliche. Die „Markenkiste" – das Anfängerset für junge Briefmarkensammler – wurde 200.000mal bis zum Ende des Berichtsjahres verkauft. Mit der seit Januar 1991 monatlich erscheinenden und am Postschalter erhältlichen Kinderzeitschrift „Salto" gelang es innerhalb weniger Monate, bei einer Verkaufsauflage von 120.000 Stück auf Anhieb einen Platz unter den fünf auflagenstärksten Kinderzeitschriften zu erreichen.



Der Sonderblock zum Mozartjahr war 1991 einer der philatelistischen Leckerbissen. Zu den Neuheiten zählte das „Geschenk-Abonnement".

SONDERMARKEN: NEUER REKORD

Neuer Rekord bei den Sondermarken

Das Jahresprogramm der Sondermarken umfaßte – bedingt durch die Zusammenfassung von drei noch getrennt aufgestellten Emissionsplänen („Deutsche Bundespost", „Deutsche Bundespost Berlin" und „DDR") – insgesamt 81 Einzelwerte mit 23 Zuschlagsmarken, darunter 4 Blockausgaben und 2 Sondermarken-Zusammendrucke. Es war nicht nur das umfangreichste Programm, sondern auch interessant wie selten zuvor. Dazu trugen die ungewöhnliche Themenvielfalt sowie eine Reihe philatelistischer Besonderheiten in Druck, Anordnung und Zusammenstellung bei.

Deutsch-polnische Gemeinschaftsausgabe

Einen Höhepunkt des Jahresprogramms bildete die deutsch-polnische Gemeinschaftsausgabe anläßlich des 750. Jahrestages der Schlacht bei Liegnitz im Jahre 1241. Die Sondermarken wurden in beiden Ländern motiv- und zeitgleich herausgegeben.

Von 1992 an werden die Jahresprogramme nur noch 60 Sondermarken enthalten. Der Umfang wird damit wesentlich geringer sein als die bisherigen Einzelprogramme zusammen. Dieses Volumen gewährleistet eine angemessene Berücksichtigung von Ausgabeanlässen auch in den neuen Bundesländern.

POSTZEITUNGSDIENST: MEHR WIRTSCHAFTLICHKEIT NÖTIG

Die Zusammenführung des Postzeitungsvertriebs der Deutschen Post in den neuen Bundesländern und des Postzeitungsdienstes des POSTDIENSTES war 1991 die Kernaufgabe in diesem Bereich.

Zeitungsdienst Ost und West: Zwei völlig unterschiedliche Systeme

Der POSTDIENST mußte hierbei zwei völlig unterschiedliche Systeme zusammenführen. Während der Postzeitungsdienst im Westen als Wettbewerbsdienst Tausende von Pressetiteln befördert und zustellt, war der Postzeitungsvertrieb der Deutschen Post in der ehemaligen DDR ein Grundpfeiler der staatlich gelenkten Informationspolitik.

Vor diesem Hintergrund wurde der Zeitungsdienst in den neuen Bundesländern als Vollservice angeboten. Die Annahme von Zeitungs- und Zeitschriftenbestellungen, Inkasso, Zeitungs- und Zeitschriftenvertrieb, Abonnementverwaltung und die Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften war Aufgabe der Deutschen Post.

Neue Logistik für 3 Milliarden Zeitungen und Zeitschriften

Durch den bedingungslosen Vorrang für die staatlich geprägte Kontroll-Funktion des Zeitungsdienstes im Osten fehlte jegliche wirtschaftliche Orientierung. Der Weg der Zeitung/Zeitschrift zum Leser mußte für zunächst über 3 Milliarden Zeitungen und Zeitschriften überprüft und neu gestaltet werden. Neue Vertriebswege wurden entwickelt, private Logistik- und Zustellnetze errichtet, Aufgaben sinnvoll von der Deutschen Post zu den Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen übertragen. Diese Herausforderung wurde vom Postzeitungsdienst in Abstimmung mit den Verlagen in Angriff genommen und ist inzwischen abgeschlossen.

Einheitlicher Standard beim Service-Angebot

Bundesweit wird es dann einen Standard im Postzeitungsdienst geben, der die Beförderung und Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften umfaßt. Die Kernprodukte des Postzeitungsdienstes sind dabei das Postvertriebsstück (eigentliche Postzeitungssendung), das Postzeitungsgut („Postzeitungs-Frachtsendung") und die Streifbandzeitung („Postzeitungs-Briefsendung").

Zur Konzentration auf diese Aufgabe dient die Einstellung von Spezialdiensten. So wurde Anfang 1992 der Gebühreneinzug für die ca. 5,5 Millionen Rundfunkteilnehmer in den neuen Bundesländern vom POSTDIENST an die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) übergeben.

Service-Tochter für die Anpassung gegründet

Für die Übernahme des Einzelverkaufs von Zeitungen und Zeitschriften über den Kiosk wurde eigens die Posttochter „Postdienst Service GmbH" gegründet. Ziel ist es, auf wirtschaftlicher Basis eine bestmögliche Versorgung mit Presseprodukten zu sichern und die entsprechenden Arbeitsplätze zu erhalten.

UMSATZZUWACHS: 100 MILLIONEN DM

Sendungsmenge um 6 Prozent gestiegen

Insgesamt konnte der Postzeitungsdienst auf ein arbeitsreiches Geschäftsjahr 1991 zurückblicken: Die Sendungsmengen stiegen allein in den alten Bundesländern um 6 Prozent. Durch diesen Zuwachs konnte der Umsatz im Postzeitungsdienst um 100 Millionen DM gesteigert werden. Er beträgt mittlerweile im Verkehrsgebiet West 848 Millionen DM und im Verkehrsgebiet Ost 329 Millionen DM. Diesem erfreulichen Umsatzplus steht ein deutlich negatives Ergebnis entgegen. Durch das niedrige Preisniveau und die Integration der neuen Bundesländer erreichen die Verluste inzwischen fast 900 Millionen DM im Jahr.

Kostenorientiertes Tarifsystem ist das Ziel

Um einen wirtschaftlich orientierten und zukunftsstarken Service aufbauen zu können, wurde 1991 mit der Entwicklung von drei „Eckpfeilern" zur Neukonzeption des Postzeitungsdienstes begonnen: die Errichtung eines serviceorientierten Logistiknetzes zur Verbesserung der Leistungsqualität, die Entwicklung eines markt- und kostenorientierten Tarifsystems und die Rationalisierung in diesem Geschäftsfeld. Durch Verknüpfung dieser Elemente sollen künftig bei gleichzeitiger Reduzierung der Kosten leistungsorientierte Angebote und Preise ermöglicht werden. So können schrittweise die Leistung und das Ergebnis verbessert werden.



POSTRENTENDIENST: GARANT DER SOZIALEN SICHERUNG

Die Umsetzung der Rentenreform und die Einbeziehung der neuen Bundesländer in die Betreuung waren 1991 die besonderen Herausforderungen für den Postrentendienst, der mit seinen Leistungen wesentlich zum System der sozialen Sicherung in Deutschland beiträgt.

187 Millionen Zahlungen über 183 Milliarden DM

Im Auftrag der Versicherungsträger sind im Verkehrsgebiet West 187,5 Millionen Zahlungen mit einem Gesamtbetrag von rund 183 Milliarden DM angewiesen worden. Rentner in über 100 Ländern der Erde erhielten durch den Postrentendienst insgesamt 4,8 Milliarden DM ausgezahlt.

Ein Blick auf die umfangreiche Aktualisierungsarbeit zeigt, daß der Bestand weiter zugenommen hat. Ohne Berücksichtigung des Zuwachses aus den neuen Bundesländern haben die Rentenrechnungsstellen 1,4 Millionen Zahlfälle erstmals in den Bestand aufgenommen, 1 Millionen Rentenzahlungen wurden eingestellt.

Enge Zusammenarbeit mit Versicherungsträgern

In enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Arbeiter-, Angestellten- und Unfallversicherung hat der Postrentendienst die Rentenanpassung 1991 durchgeführt. Neben der Neuberechnung der Beträge und ihrer Überweisungen hat der POSTDIENST die Rentenempfänger rechtzeitig über das Anpassungsergebnis informiert.

Zur Vorbereitung der Rentenreform 1992 sind in Abstimmung mit den Versicherungsträgern umfangreiche Umstellungsarbeiten vorgenommen worden.



Der Postrentendienst, das sind Zahlungen in Milliardenhöhe, aber das ist auch der direkte Kontakt zu alten Menschen.

NEUE BUNDESLÄNDER: 4,4 MILLIONEN RENTENZAHLFÄLLE

Rentendienst in den neuen Bundesländern aufgenommen

In den neuen Bundesländern und in Ost-Berlin hat der Postrentendienst mit der Zahlung für April 1991 seine Dienstleistungen aufgenommen. Bis zum Juni 1991 wurden insgesamt 4,4 Millionen Zahlfälle mit einem Betragsvolumen von 2,4 Milliarden DM von der „Überleitungsanstalt Sozialversicherung" übernommen.

Der Übergang im Zahlungsverkehr vom Standard der ehemaligen DDR auf das auch in den neuen Ländern eingeführte bankleitzahlorientierte Überweisungsverfahren erforderte einen enormen Änderungsaufwand.

Für das Renten-Überleitungsgesetz, mit dem das Rentensystem ab Januar 1992 auf die neuen Bundesländer übertragen wurde, mußten die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

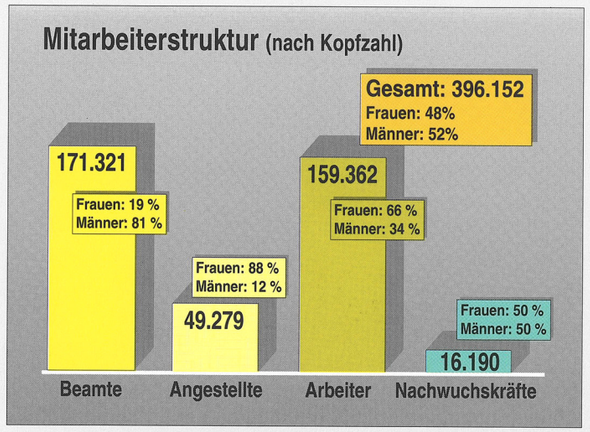
100 neue Arbeitsplätze geschaffen

Zur Bewältigung des Zuwachses wurde die bestehende Rentenrechnungsstelle in Berlin personell aufgestockt und eine neue Rentenrechnungsstelle sowie ein Rechenzentrum in Leipzig eingerichtet. Dadurch konnten zusätzlich über 100 neue Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern geschaffen werden.

Das Personal wurde durch erfahrene Mitarbeiter des Postrentendienstes aus den alten Bundesländern ausgebildet und in der Anfangszeit bei der praktischen Aufgabenerledigung vor Ort unterstützt.

PERSONAL: INTEGRATION UND MOTIVATION

Die Zusammenführung des POSTDIENSTES mit der Deutschen Post der ehemaligen DDR zu einem gemeinsamen Unternehmen war 1991 die Hauptaufgabe im Personalbereich. Zum Jahresende waren insgesamt 396.152 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon 79.017 in den neuen Bundesländern.



Die Integration des Personals ist die zentrale Herausforderung bei der Zusammenführung der beiden Postverwaltungen in Ost und West. Auch im Postdienst zeigte sich, daß analog zu anderen Bereichen der ehemaligen DDR eine großzügige personelle Besetzung vorhanden war. Es mußte zudem die Frage der Zumutbarkeit einer Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit geprüft werden. Neben einer Kündigung in diesem Bereich wurden zunächst nichtpostspezifische Aufgaben/Berufe aufgegeben, beispielsweise der Toto- und Lottoannahmedienst, Friseure, Masseure usw.

Neue Bundesländer: Personalanpassung in vielen Bereichen erforderlich

In einer zweiten Phase mußte der nötige Personalbedarf für die postalischen Aufgaben an die Kriterien in den alten Bundesländern ausgerichtet werden. Hierdurch war eine Personalanpassung in vielen Bereichen erforderlich.

Diese Reduzierungen konnten durchweg sozialverträglich gelöst werden. Möglich wurde dies durch eine großzügige postspezifische Vorruhestandsregelung und eine finanziell attraktive Abfindungsregelung. Die Angebote haben im Laufe des Jahres 1991 ca. 6.000 Beschäftigte genutzt. Dennoch konnte auf die Kündigungsmöglichkeiten des Einigungsvertrags nicht völlig verzichtet werden. Nach sorgfältiger Einzelfallprüfung wurden knapp 300 Kündigungen ausgesprochen.

Attraktive Abfindungsregelungen

KNOW-HOW-TRANSFER

Nach der Zusammenführung der Postdienste hat sich schnell gezeigt, daß neben Sachinvestitionen ein Know-how-Transfer im personellen Bereich dringend geboten ist. Nur so ist möglichst schnell eine Anpassung des Leistungsstandards in ganz Deutschland zu erreichen.

Personalaustauschprogramm unterstützt Anpassung des Leistungsstandards

Aus diesem Grund wurde mit einem Personalaustauschprogramm begonnen, das auch noch 1992 fortgesetzt wird. Danach werden Führungskräfte wechselseitig in Ost und West beschäftigt, um dort ihre Sachkenntnisse einzubringen und die Beschäftigten in die neuen oder veränderten Aufgabengebiete einzuweisen. Es wurden außerdem zahlreiche Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt.

Viele bestehende westliche Regelungen wurden modifiziert, um eine Anwendung in den neuen Bundesländern zu ermöglichen.



Der POSTDIENST hat viele Gesichter. Zwölf unterschiedliche Ausbildungsgänge gehörten 1991 zum Ausbildungsangebot.

TARIFABSCHLÜSSE 1991

Die Lohnrunde West schloß im Jahre 1991 mit einer Steigerung der Löhne und Gehälter um 6 Prozent ab.

Arbeits- und Tarifrecht voll übertragen

Die 1990 begonnenen Tarifverhandlungen zur Übertragung des bei der Deutschen Bundespost geltenden Arbeits- und Tarifrechts auf die Beschäftigten in den neuen Bundesländern wurden im Jahre 1991 abgeschlossen. Danach werden die wesentlichen Teile der tariflichen Regelungen des Tarifvertrags für Angestellte und des Tarifvertrags für Arbeiter auf die Beschäftigten der ehemaligen Deutschen Post übertragen. Das Kernstück war die Übernahme des Lohn- und Vergütungssystems zum 1. Juli 1991. Die Beschäftigten erhielten danach 60 Prozent des Westlohns. Darüber hinaus wurden für die Arbeiter neue Eingruppierungsregelungen und Strukturverbesserungen vereinbart. Diese Neuregelungen sind rückwirkend zum 1. Oktober 1990 in Kraft getreten. Dadurch ergaben sich Verbesserungen für fast jeden zweiten Mitarbeiter.

Auch Rationalisierungsschutz berücksichtigt

Ein weiterer wichtiger Teilbereich war die Übertragung des Rationalisierungsschutzes. Nach den im Dezember 1991 abgeschlossenen Tarifverhandlungen wurden mit Wirkung vom 1. Februar 1992 die in den alten Bundesländern geltenden Rationalisierungsschutzbestimmungen inhaltlich auf die neuen Bundesländer übertragen. Bis zum 2. Oktober 1991 gingen allerdings bei den Kündigungsbestimmungen die Vorschriften des Einigungsvertrags vor.

MOTIVATION DER MITARBEITER

Zulagen für individuelle Leistungen

Die Gewährung der Leistungszulagen hat sich als ein geeignetes und notwendiges Mittel erwiesen, um individuelle Leistungen herausragender Mitarbeiter anzuerkennen, und damit geeignet, zu entsprechendem Einsatz zu motivieren und dadurch Qualitätssteigerungen zu erreichen. Vom Geschäftsjahr 1991 an sind beim POSTDIENST Leistungszulagen gezahlt worden. Der Schwerpunkt lag hier bei Beamten des einfachen und mittleren Dienstes im Betriebsdienst. Sie erhielten 95 Prozent aller Zulagen.

Im Tarifbereich sind Leistungszulagen bisher nicht gezahlt worden, weil ein entsprechender Tarifvertrag noch nicht abgeschlossen wurde.

„Qualitätsoffensive Brief" mit neuem Modell für Sachprämien

Im Geschäftsjahr 1991 sind verschiedene zentrale Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebsgüte oder zur Bewältigung großen Arbeitsanfalls durch die Zahlung von Belohnungen gefördert worden. So wurden bei der „Qualitätsoffensive Brief", die von Mitte Mai bis Anfang August durchgeführt worden ist, zur Behebung von aufgetretenen Laufzeitverschlechterungen im Briefdienst in den alten Bundesländern im Einzelfall bis zu 300 DM gezahlt. Hinzu kam ein neues Modell von Sachprämien, die individuell oder gruppenweise vergeben wurden.

Zuschläge für Ballungsräume

Um auf die angespannte Personallage in den Ballungsräumen zu reagieren, griff der POSTDIENST auch die Möglichkeit der Gewährung von Sonderzuschlägen auf. Dieses vom Bundesinnenministerium geschaffene Instrument ermöglicht es, den Schwierigkeiten bei Dienststellen, die aus Arbeitsmarktgründen von dauerndem Personalmangel betroffen sind, gezielt entgegenzuwirken. Den Beschäftigten wird in den unteren und mittleren Gehaltsstufen ein Sonderzuschlag in Form von vorweg gewährten Dienstaltersstufen gezahlt.



Viel Resonanz bei den Mitarbeitern fanden die Qualitätsoffensiven. Hierfür wurden umfangreiche Geld- und Sachprämien bereitgestellt.

■ Beim POSTDIENST wurden Sonderzuschläge in den Regionen des Rhein-Main-Gebietes, Stuttgart und München gezahlt.

Motivation durch 7.300 Beförderungen

■ Der schon im Vorjahr eingeschlagene Weg, verstärkt qualifizierte Kräfte durch Beförderungen zu motivieren und ihnen eine leistungsgerechte Bezahlung zu sichern, wurde 1991 fortgesetzt. Es konnten im einfachen und mittleren Dienst jeweils mehr als 5.500 und im gehobenen Dienst mehr als 1.800 Kräfte befördert werden.

FRAUENFÖRDERUNG

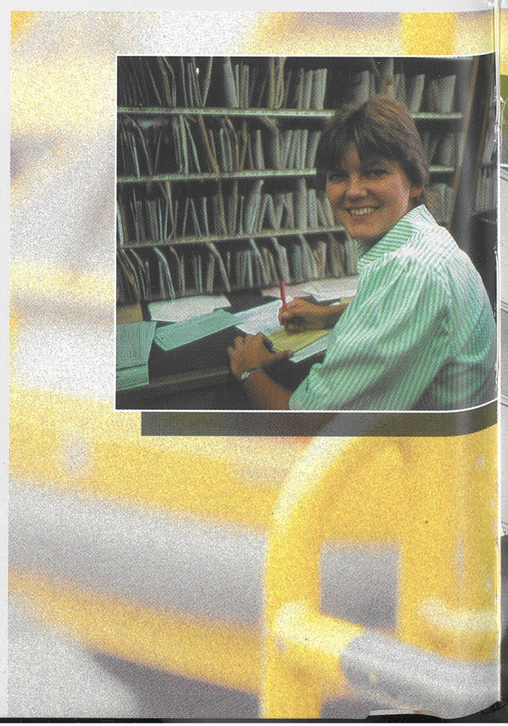
77 Prozent der Beschäftigten sind Frauen

■ Der POSTDIENST ist traditionell ein Unternehmen mit einem überproportional hohen Frauen-Anteil. Durch die neuen Bundesländer ist dieser Anteil noch erhöht worden. Im Verkehrsgebiet Ost sind 77 Prozent der Beschäftigten Frauen. Insgesamt betrug der Frauenanteil beim POSTDIENST 1991 rund 48 Prozent.

■ Die Zahlen unterstreichen, daß Frauenförderung für unsere Unternehmen keine Nebensache ist. Zu den Aktivitäten in diesem Bereich gehört u.a. die Frauenbeauftragte der Generaldirektion, die bereits 1990 ihr Amt antrat.

Frauenförderung bezieht beim POSTDIENST alle Aspekte der Erwerbssituation von Frauen ein, z. B.:

- Förderung von Frauen bei Einstellung und Beschäftigung
- Förderung von Frauen bei Aus- und Weiterbildung
- beruflicher Aufstieg
- Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen.



■ Die Frauenförderungs-Richtlinie ist die wesentliche Arbeitsgrundlage für die Tätigkeit der Frauenbeauftragten. Neben Beratung und Einzelfallerledigung wurde 1991 die Frauenkampagne „Gleiche unter Gleichen“ gestartet. Mit Anzeigen in Frauenzeitschriften wurden diverse Berufe für Frauen im POSTDIENST vorgestellt. Ein weiterer Schwerpunkt war es, die Rahmenbedingungen für Teilzeitbeschäftigung und Wiedereingliederung in den Beruf zu verbessern und den in Urlaub ohne Bezüge befindlichen Mitarbeiterinnen die Verbindung zum Unternehmen zu erhalten.

„Gleiche unter Gleichen“

SOZIALE AUFGABEN

■ Die Übernahme von Aufgaben und Einrichtungen des Sozialwesens des POSTDIENSTES für das Personal in den neuen Bundesländern wurde 1991 Zug um Zug durchgeführt. Zu Beginn des Jahres wurden die Bundespostbetriebskrankenkasse und die Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung übertragen. Später folgten andere Einrichtungen des Sozialwesens, u.a. die Erholungsfürsorge und die Sozialbetreuung.

Sozialeinrichtungen übernahmen Zug um Zug Aufgaben für neue Länder

DIE AUSBILDUNGSSITUATION

■ Der Wandel von der öffentlichen Verwaltung zum Unternehmen führte 1991 im Ausbildungsbereich zu neuen Ansätzen und Strategien. Auf die bereits eingetretenen bzw. auf die sich abzeichnenden Veränderungen wurde durch die Entwicklung neuer Berufsbilder für die Aufgaben im Wettbewerb reagiert.

Neue Berufsbilder für den Wettbewerb



Allen Nachwuchskräften Arbeitsplatz angeboten

Dies gilt in gleicher Weise für die neuen Bundesländer. Im Herbst 1991 wurden hier erstmalig 614 Nachwuchskräfte für den Bereich des einfachen und mittleren POSTDIENSTES eingestellt. Allen fertig ausgebildeten Nachwuchskräften des mittleren Dienstes in den neuen Bundesländern konnten freie Arbeitsplätze angeboten werden.

Durch den deutlichen Rückgang an Schulabgängern trat das Unternehmen deutlicher als in den Jahren zuvor als Wettbewerber auf dem Stellenmarkt für Auszubildende auf. Es ist gelungen, wenn auch regional unterschiedlich, die offenen Stellen weitgehend zu besetzen. Hier konnten der Vorteil einer attraktiven Ausbildung und die guten beruflichen Einstiegschancen des Unternehmens genutzt werden.

FORTBILDUNG

Flexible Reaktion auf veränderte Anforderungen

Neue und veränderte Anforderungen, die sich durch die Umstrukturierung des POSTDIENSTES zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen ergeben, erfordern neue Wege in der Fortbildung. Eine verstärkte Kundenorientierung, eine verbesserte Produktqualität und eine flexiblere Reaktion auf technischen oder wettbewerbsbedingten Wandel waren 1991 bevorzugte Themen der Fortbildung.

Schwerpunkte der Maßnahmen waren die Fortbildung der Schalterkräfte im Bereich Postbankdienste und Dienstleistungsangebote sowie im Bereich Datenverarbeitung. In den neuen Bundesländern wurden die Anpassungsmaßnahmen 1991 verstärkt fortgeführt, um das Personal so schnell wie möglich an den Wissensstand des Personals im übrigen Bundesgebiet heranzuführen.



In die Fortbildung der Mitarbeiter wurden 1991 550 Millionen DM investiert.

„Clip": Der Computer hilft beim Lernen

Das bereits 1990 eingeführte computerunterstützte Lernen im POSTDIENST (Clip) wurde 1991 ausgebaut und verstärkt eingesetzt. Darüber hinaus wurden auch die Dienststellen in den neuen Bundesländern mit Lernstationen ausgestattet. Clip hat seine Bewährungsprobe bei der Einführung der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen" zum 1. Juli 1991 bestanden. Über 40.000 Kräfte wurden innerhalb kurzer Zeit mit einem entsprechenden Lernprogramm qualifiziert. Die Akzeptanz bei den Mitarbeitern ist sehr hoch. Zudem erfolgt die Schulung erheblich kostengünstiger als in herkömmlichen Verfahren.

FORTBILDUNG VON FÜHRUNGSKRÄFTEN

Die Führungskräftefortbildung konzentrierte sich 1991 auf zwei Schwerpunkte:

Auswahl von Bewerbern für Führungspositionen bei den Postämtern und Direktionen in den neuen Bundesländern. Bei rund 800 Bewerbern wurden die vorhandenen Führungseigenschaften mit der Methode „Assessment Center" überprüft.

Amtsvorsteher für die Großkundenbetreuung geschult

Schulung von 370 Amtsvorstehern für Aufgaben als Großkundenbetreuer. Die stärkere Ausrichtung des POSTDIENSTES auf seine einzelnen Märkte und den Wettbewerb erforderte spezielle Schulungen für Führungskräfte. Hierzu wurden neue Schulungsprogramme konzipiert.

ERSTE GESAMTDEUTSCHE PERSONALWAHLEN

Hauptpersonalrat: Erweiterung der Geschäftsführung

Das Jahr 1991 war für die Personalvertretung in zweifacher Hinsicht von besonderer Bedeutung. Erstmals nach der Neustrukturierung der Deutschen Bundespost wurden der Hauptpersonalrat und die Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung bei der Generaldirektion der Deutschen Bundespost POSTDIENST gewählt. Diese Wahlen waren gleichzeitig die ersten gesamtdeutschen Personalrats- und Vertretungswahlen nach der Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland.

Die Arbeitsschwerpunkte waren 1991 geprägt von den Vorstandsvorgaben zum „Strategischen Gesamtkonzept" (Fracht, Brief, Vertrieb, Verwaltung/Organisation/Führungssysteme) und vom Personalabbau im Verkehrsgebiet Ost.

Einigungsvertrag schränkte Handlungsspielraum ein

Da der Einigungsvertrag den Handlungsspielraum der Personalvertretung in vielen Bereichen einschränkt (z.B. bei Kündigungen), ergaben sich für den Hauptpersonalrat nur in geringem Umfang Möglichkeiten, den Personalabbau im VGO einzudämmen. Beim Frachtkonzept hingegen gelang es in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, beim Vorstand des POSTDIENSTES eine Vereinbarung über den Abschluß eines projektbezogenen Tarifvertrags durchzusetzen, um so Nachteile von den Beschäftigten abzuwenden bzw. sie zu begrenzen.

PERSONALKONZEPT FÜR NEUSTRUKTURIERUNGEN ABSTIMMEN

Obwohl der Vorstand sowohl über das Brief- als auch über das Vertriebskonzept erst Mitte 1992 entscheiden will, hat der Hauptpersonalrat gefordert, bereits im Vorfeld aller beabsichtigten Maßnahmen ein darauf abgestimmtes Personalkonzept zu entwickeln und hierüber mit dem Sozialpartner Einvernehmen zu erzielen.

PRIVATISIERUNG WIRD ZUM THEMA

Überlegungen zur Grundgesetzänderung

Für die Zukunft zeichnen sich weitere schwerwiegende Probleme ab. Parallel zur beabsichtigten Neukonzeption des POSTDIENSTES laufen die Bestrebungen des Bundesministers für Post und Telekommunikation zur Privatisierung der Postunternehmen. Erste Überlegungen zur Änderung des Artikels 87 des Grundgesetzes und zur Entbeamtung liegen bereits auf dem Tisch.

Für den Hauptpersonalrat und seine Vertretungen verschärft sich dadurch die ohnehin aufgrund der Umsetzung privatwirtschaftlicher Methoden eingetretene schwierige Situation.

ZIELE DER WEITEREN ARBEIT WERDEN SEIN:

- **Sicherung möglichst vieler Arbeitsplätze,**
- **Erhalt eines zumutbaren Arbeitsplatzes für jeden (keine Entlassungen),**
- **gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland,**
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen,**
- **Wahrung und Verbesserung der beruflichen Perspektiven,**
- **Erhalt von Verbundaufgaben innerhalb der DBP Unternehmen,**
- **Abwehr der Privatisierung der DBP,**
- **Sicherung der Daseinsvorsorge im POSTDIENST,**
- **sozialverträgliche Realisierung der Betriebskonzepte.**

OPD Berlin
Bereich POSTDIENST
Dernburgstr. 50
Postfach 19 05 00
1000 Berlin 19
(0 30) 3 28-0
Bereichsleitung POSTDIENST:
Dieter Wöhlert

OPD Bremen
Bereich POSTDIENST
Kurfürstenallee 130
Postfach 99 12 80
2800 Bremen 1
(04 21) 2 48-0
Präsident und
Bereichsleitung POSTDIENST:
Johann Paffen

OPD Dortmund
Bereich POSTDIENST
Florianstr. 15-21
Postfach 10 60 20
4600 Dortmund 1
(02 31) 1 33-0
Bereichsleitung POSTDIENST:
Jürgen Weith

OPD Düsseldorf
Bereich POSTDIENST
Sohnstr. 45
Postfach 99 00
4000 Düsseldorf 1
(02 11) 6 77-0
Bereichsleitung POSTDIENST:
Dipl.-Ing.Frank von Alten-Bockum

OPD Frankfurt
Bereich POSTDIENST
Stephanstr. 14-16
Postfach 10 00 00
6000 Frankfurt 1
(0 69) 97 51-0
Bereichsleitung POSTDIENST:
N. N.

OPD Freiburg
Bereich POSTDIENST
Berliner Allee 1
Postfach 1
7800 Freiburg 1
(07 61) 8 80-0
Präsident und
Bereichsleitung POSTDIENST:
Hans Hertle

OPD Hamburg
Bereich POSTDIENST
Überseering 30
Postfach 60 02 00
2000 Hamburg 60
(0 40) 63 88-0
Bereichsleitung POSTDIENST:
Dr. Hans-Jürgen Schulte-Uhlenbrock

OPD Hannover/ Braunschweig
Bereich POSTDIENST
Adenauerallee 18
Postfach 70 00
3000 Hannover 1
(05 11) 3 69-0
Bereichsleitung POSTDIENST:
Wolf-Dietrich Filter

OPD Karlsruhe
Bereich POSTDIENST
Ettlinger-Tor-Platz 2
Postfach 70 00
7500 Karlsruhe 1
(07 21) 1 32-0
Präsident und
Bereichsleitung POSTDIENST:
Dr. Elmar Hauptmann

OPD Kiel
Bereich POSTDIENST
Fabrikstr. 7
Postfach 1100
2300 Kiel 1
(04 31) 9 86-0
Bereichsleitung POSTDIENST:
Günther Weber

OPD Koblenz
Bereich POSTDIENST
Friedrich-Ebert-Ring 14-20
Postfach 30 00
5400 Koblenz
(02 61) 1 28-0
Bereichsleitung POSTDIENST:
Dr. Michael Räth

OPD Köln
Bereich POSTDIENST
Eupener Str. 80
Postfach 10 91 01
5000 Köln 1
(02 21) 49 99 -0
Präsident und
Bereichsleitung POSTDIENST:
Dipl.-Ing. Paul Oertel

OPD München
Bereich POSTDIENST
Arnulfstr. 60
Postfach 20 00 01
8000 München 2
(0 89) 55 88-0
Präsident und
Bereichsleitung POSTDIENST:
Otto Kronthaler

OPD Münster
Bereich POSTDIENST
Hohenzollernring 56
Postfach 10 00
4400 Münster
(02 51) 3 00-0
Präsident und
Bereichsleitung POSTDIENST:
Dipl.-Volksw. Rudolf Müller

OPD Nürnberg
Bereich POSTDIENST
Bayreuther Str. 1
Postfach 10 00 00
8500 Nürnberg 1
(09 11) 10-0
Bereichsleitung POSTDIENST:
Dipl.-Kfm. Josef Süß

OPD Regensburg
Bereich POSTDIENST
Domplatz 3
Postfach 11 00 01
8400 Regensburg 11
(09 41) 5 05-0
mit der Leitung beauftragt:
Dr. Herbert Lotze

OPD Saarbrücken
Bereich POSTDIENST
Klausenerstr. 4-6
Postfach 30 10
6600 Saarbrücken
(06 81) 4 01-0
Präsidentin und
Bereichsleitung POSTDIENST:
Dipl.-Ing. Elke Tobien-Wolf

OPD Stuttgart
Bereich POSTDIENST
Friedrichstr. 11
Postfach 10 10 30
7000 Stuttgart 10
(07 11) 20 00-1
Bereichsleitung POSTDIENST:
Dieter Mais

Direktion POSTDIENST
Gerokstraße 18
O-8016 Dresden
(03 51) 45 67-0
Präsident:
Armin Stoffleth

Direktion POSTDIENST
Beethovenplatz 3
O-5010 Erfurt
(03 61) 67 77-0
mit der Leitung beauftragt:
Dipl.-Wirtsch. Hans-J. Niehof

Direktion POSTDIENST
Große Steinstraße 72
O-4020 Halle
(03 45) 50 05-0
Präsident:
Peter Tornack

Direktion POSTDIENST
Am Kanal 16-18
O-1560 Potsdam
(03 31) 38-0
Präsident:
Dr. Norbert Herkner

Direktion POSTDIENST
Mecklenburgstr. 4-6
O-2750 Schwerin
(03 85) 5 70-0
Präsident:
Dr. Gerhard Troschke

BILANZ

zum 31. Dezember 1991

Aktiva

	Stand 31.12.91 TDM	Stand 31.12.90/ u. 1.1.91 TDM
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	25.181	14.212
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.875.663	5.887.843
2. Technische Anlagen und Maschinen	624.448	557.833
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	819.993	917.173
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.566.388	3.260.451
	10.886.492	10.623.300
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	139.702	132.168
2. Beteiligungen	57.274	55.840
3. Ausleihungen für Wohnungsbauförderung	3.209.379	3.224.448
4. Sonstige Ausleihungen	125.970	57.547
	3.532.325	3.470.003
Anlagevermögen gesamt	14.443.998	14.107.515
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	107.247	79.202
2. Unfertige Erzeugnisse und Leistungen	–	114
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	381	25.051
	107.628	104.367
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	105.717	114.090
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	—	17.482
3. Forderungen gegen DBP POSTBANK und DBP TELEKOM	4.021.557	3.697.092
4. Sonstige Vermögensgegenstände	584.504	491.000
	4.711.778	4.319.664
III. Flüssige Mittel	51.834	1.404.565
Umlaufvermögen gesamt	4.871.240	5.828.596
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
1. Disagio	8.710	10.222
2. Sonstige Rechnungsabgrenzung	742.748	698.077
Rechnungsabgrenzung gesamt	751.458	708.299
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	640.056	663.657
	20.706.752	21.308.067

Passiva

	Stand 31.12.91 TDM	Stand 31.12.90/ u. 1.1.91 TDM
A. Eigenkapital		
1. Kapital	9.002.912	9.002.912
2. Sonderrücklage gem. § 17 Abs. 4 DMBilG	640.056	817.670
Eigenkapital gesamt	9.642.968	9.820.582
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	21.600	27.000
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	137.430	58.816
2. Rückstellungen für Steuern	63.900	57.440
3. Sonstige Rückstellungen	5.573.036	4.988.946
Rückstellungen gesamt	5.774.366	5.105.202
D. Verbindlichkeiten		
1. Anleihen	1.931.688	1.765.807
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	287.540	237.620
3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	896	1.928
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	494.145	462.626
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	15.288	—
6. Verbindlichkeiten gegenüber DBP POSTBANK	856.451	2.829.181
7. Sonstige Verbindlichkeiten	1.680.375	1.058.121
Verbindlichkeiten gesamt	5.266.383	6.355.283
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.435	—
	20.706.752	21.308.067

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1991

	TDM	TDM
1. Umsatzerlöse		21.152.098
2. Verminderung des Bestands an unfertigen und fertigen Erzeugnissen und Leistungen		–114
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		60.580
4. Sonstige betriebliche Erträge		3.287.043
		24.499.607
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	640.781	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.966.302	2.607.083
6. Personalaufwand		
a) Löhne, Gehälter und Bezüge	13.699.496	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	5.156.484	18.855.980
7. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	801.968	
b) auf Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	23.601	825.569
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.353.600
9. Erträge aus Beteiligungen		1.972
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		286.410
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		68
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		326.408
		24.680.326
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		–180.719
14. Ablieferungen an den Bund, Steuern		
a) Ablieferung an den Bund	1.981.868	
b) Steuern	46.044	2.027.912
15. Ergebnis nach Ablieferung und Steuern		–2.208.631
16. Erträge aus Finanzausgleich		2.031.017
17. Jahresfehlbetrag		–177.614
18. Erträge aus der Auflösung der Sonderrücklage gem. § 17 Abs. 4 DMBilG		177.614
19. Bilanzergebnis		—

Anhang

zum Jahresabschluß 31. Dezember 1991 des öffentlichen Unternehmens
Deutsche Bundespost POSTDIENST

A. ALLGEMEINE ANGABEN

(1) RECHTLICHE GRUNDLAGEN FÜR DIE AUFSTELLUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Das Unternehmen DBP POSTDIENST hat seinen Jahresabschluß nach § 44 Postverfassungsgesetz (PostVerfG) aufzustellen. § 44 PostVerfG bestimmt in Verbindung mit § 45 Abs. 1 und § 39 Abs. 2, daß bei der Erstellung des Jahresabschlusses die „Vorschriften über die Aufstellung des Jahresabschlusses" (Bilanzierungs-Richtlinie) zu beachten sind.

Die Bilanzierungs-Richtlinie DBP POSTDIENST, die zum Vorjahresabschluß nur im Entwurf vorlag, wurde vom Aufsichtsrat im März 1992 mit dem Zusatz verabschiedet, daß die Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten nicht zur Begründung von Forderungen gegenüber dem Bund nach einer zusätzlichen Eigenkapitalausstattung herangezogen werden kann.

Entsprechend den Vorgaben des PostVerfG bestimmen sich die für die Bilanzierungs-Richtlinie maßgeblichen handelsrechtlichen Grundsätze nach den Vorschriften über die Rechnungslegung im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches (§§ 238 ff. HGB), wobei vorrangig die für große Kapitalgesellschaften maßgeblichen Vorschriften der §§ 264 ff. HGB übernommen worden sind, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Deutschen Bundespost.

Mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 sind Vermögen und Schulden der ehemaligen Deutschen Post des Beitrittgebiets auf die DBP übergegangen. Aus arbeitstechnischen Gründen konnten jedoch für POSTDIENST und TELEKOM im Verkehrsgebiet 0st (VGO) nur eine gemeinsame DM-Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 sowie ein gemeinsamer Jahresabschluß für das zweite Halbjahr 1990 aufgestellt werden. Die in der gemeinsamen Schlußbilanz zum 31. Dezember 1990 ausgewiesenen Vermögens- und Schuldposten wurden zum 1. Januar 1991 auf die beiden Unternehmen aufgeteilt und in getrennten Aufteilungsbilanzen zusammengefaßt.

In den Jahresabschluß zum 31. Dezember 1991 ist das Teilsondervermögen der ehemaligen Deutschen Post im Beitrittsgebiet erstmalig einbezogen, so daß dieser das Gesamtvermögen des Unternehmens DBP POSTDIENST ausweist, bestehend aus den beiden selbständig bilanzierenden Teilsondervermögen Verkehrsgebiet West (kurz VGW) sowie Verkehrsgebiet 0st (kurz VGO).

Die Vorjahres-Vergleichszahlen der Bilanz enthalten demnach für das VGO die in der Teilungsbilanz zum 1. Januar 1991 ausgewiesenen Werte. Für die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) standen Vorjahreszahlen jedoch nur für das VGW zur Verfügung. Vorjahreszahlen im Text sind in Klammern gesetzt. Soweit nichts anderes angegeben ist, sind sämtliche Beträge in Mio. DM vermerkt.

Das Unternehmen beabsichtigt, mit Wirkung vom 1. Januar 1993 die kaufmännische Buchführung einzuführen. Diese wird das bisherige Finanzbuchführungssystem der gehobenen Kameralistik ablösen. Für die Übergangszeit bis zur Einführung der kaufmännischen Buchführung sieht die Bilanzierungs-Richtlinie Übergangsvorschriften vor.

(2) ANPASSUNG DER GESETZLICHEN GLIEDERUNGSSCHEMATA

Zum Zwecke einer unternehmensspezifischen Ausgestaltung des Jahresabschlusses wurden in Bilanz und GuV einige Anpassungen vorgenommen. Durch sie werden Klarheit und Übersichtlichkeit verbessert.

Die Gliederungen der Bilanz sowie der GuV gehen von den Gliederungsvorschriften der §§ 266 und 275 HGB aus. Jedoch sind wegen der Besonderheiten der Deutschen Bundespost und aufgrund der fortgeführten DM-Eröffnungsbilanz für das VGO Davon-Vermerke und zusätzliche Ausweisposten – wie z. B. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung, Sonderrücklage und Sonderposten mit Rücklageanteil aus öffentlichen Investitionszuschüssen – erforderlich.

Bei den Finanzanlagen wird der Posten „Ausleihungen für Wohnungsbauförderung" gesondert ausgewiesen. Es handelt sich dabei um eine Verbundaufgabe, die das Unternehmen DBP POSTDIENST für die gesamte DBP wahrnimmt und bilanziert.

Im Umlaufvermögen trägt der Ausweis der Forderungen gegen die Schwesterunternehmen DBP TELEKOM und DBP POSTBANK der besonderen Struktur der Unternehmensgliederung der DBP Rechnung. Entsprechendes gilt für den gesonderten Ausweis der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber der DBP POSTBANK.

Die GuV wurde um den Posten „Erträge aus Finanzausgleich" erweitert. Die Ergänzung beruht auf § 37 Abs. 3 PostVerfG, wonach zwischen den DBP-Unternehmen ein Finanzausgleich vorzunehmen ist, wenn ein Unternehmen die Aufwendungen aus den eigenen Erträgen nicht decken kann. Im übrigen ist die GuV nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

(3) ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird anhand eines Anlagespiegels (Anlage 1) dargestellt. In analoger Anwendung der Übergangsvorschriften des Art. 24 Abs. 6 EGHGB werden dabei die Buchwerte der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1990 als ursprüngliche Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten betrachtet.

(4) BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die gegen Entgelt erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und über 4 Jahre abgeschrieben. Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden mit ihren Anschaffungskosten (einschließlich Nebenkosten) bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen und – soweit erforderlich – von außerplanmäßigen Abschreibungen ausgewiesen. Alle Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens werden linear abgeschrieben.

Dabei werden Wohn-, Dienst- und Betriebsgebäude bis zu 60 Jahre, Technische Anlagen und Maschinen in längstens 15 Jahren, Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung in längstens 30 Jahren, überwiegend aber auf 4 bis 12 Jahre, abgeschrieben. Gebäudezugänge des Jahres 1991 wurden mit den steuerlich anerkannten Nutzungsdauern abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter werden im Zugangsjahr in voller Höhe im Aufwand verrechnet. Anlagen im Bau wurden erstmals zum Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit bzw. der Inbetriebnahme umgebucht. Bei Gebäuden wurde die zunächst unterlassene Abschreibung im Jahr der Umbuchung nachgeholt. Die stark eingeschränkte wirtschaftliche und technische Verwertbarkeit des Sachanlagevermögens im VGO wurde durch Wertabschläge und Rückstellungen für notwendige Entkernungs- und Instandhaltungsmaßnahmen berücksichtigt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten – z.T. vermindert um angemessene Abschreibungen – aktiviert. Die Ausleihungen sind zu Nennwerten bilanziert.

Unter den Vorräten werden Betriebsstoffe, Ersatzteile, Werkstatt -und Dienstbedarf sowie Postwertzeichen und andere Druckerzeugnisse zu Anschaffungskosten angesetzt. Für nicht mehr benötigte bzw. nicht gängige Bestände (insbesondere im VGO) wurden angemessene Abschläge vorgenommen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert abzüglich angemessener Einzelwertberichtigungen und pauschaler Abwertungen zur Deckung des allgemeinen Kreditrisikos bilanziert. Das bei der Aufnahme von Anleihen und Schuldscheindarlehen von den Gläubigern einbehaltene Disagio wird unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und linear über die Laufzeit der Kredite abgeschrieben.

Von der Möglichkeit der Bildung eines Sonderverlustkontos aus Rückstellungsbildung als Ausgleich für erstmals gebildete Pflichtrückstellungen im VGO wurde im Vorjahr Gebrauch gemacht.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen ausschließlich die seit dem Gj. 1990 erteilten Pensionszusagen sowie Verpflichtungen aus Nachversicherungen gemäß Art. 131 Grundgesetz sowie aus sonstigen Nachversicherungen. Sie werden nach versicherungsmathematischen Berechnungen mit dem Teilwert bilanziert. Der Abzinsungssatz beträgt 6 % p.a.

Bei der Bildung der übrigen Rückstellungen ist den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung getragen worden. Sie sind in der Höhe bemessen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Rückzahlungsbetrag angesetzt. Null-Kupon-Postschatzanweisungen sind mit dem abgezinsten Barwert passiviert. Die Umrechnung der Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten erfolgte zu Durchschnittskursen. Erforderliche Abwertungen auf den Stichtagskurs der Forderungen wurden vorgenommen.

B. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(1) ANLAGEVERMÖGEN

Als Immaterielle Vermögensgegenstände werden von Dritten erworbene anwendungsorientierte Software-Programme ausgewiesen.

Die Zugänge zu Anteilen an verbundenen Unternehmen von 7,5 Mio. DM betreffen insbesondere die Kapitalerhöhung bei der ISP Immobilien Service POSTDIENST GmbH, Bonn.

Eine Aufstellung über die verbundenen Unternehmen sowie die Beteiligungsunternehmen ist als Anlage 2 beigefügt. An Erträgen sind von verbundenen Unternehmen und von Beteiligungsunternehmen insgesamt 2 Mio. DM (7 Mio. DM) zugeflossen.

Von den in der Beteiligungsliste aufgeführten Beteiligungsunternehmen sind die Deutsche Postphilatelie GmbH und die PSG-Postdienst Service Gesellschaft mbH (PSG) im VGO bilanziert.

Die PSG hat den Vertrieb von Zeitungen (Bereich Einzelverkauf) übernommen. Der Bereich Abonnement wird von der DBP POSTDIENST noch bis zum 30. 6. 92 weitergeführt. Der ehemalige Philatelie-bereich VEB Philatelie Wermsdorf wurde von der Deutschen Postphilatelie GmbH mit wirtschaftlicher Wirkung ab 1. Januar 1991 übernommen.

(2) FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Der überwiegende Teil der ausgewiesenen Forderungen in Höhe von 4 712 Mio. DM (4 320 Mio. DM) betrifft mit 4 022 Mio. DM (3 697 Mio. DM) die DBP-Unternehmen TELEKOM und POSTBANK. Gegenüber DBP TELEKOM betragen die Forderungen 2 727 Mio. DM (3 697 Mio . DM), gegenüber DBP POSTBANK 1 295 Mio . DM (O DM) . Von den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen haben 2 005 Mio. DM eine Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr; hiervon betreffen 1 973 Mio. DM die Ausgleichsforderung gegen DBP TELEKOM aus der Realteilung im VGO.

(3) SONDERVERLUSTKONTO AUS RÜCKSTELLUNGSBILDUNG VGO

Gemäß § 17 Absatz 4 des Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DMBilG) konnte in der Eröffnungsbilanz zum 1.7.1990 in Höhe der erstmals gebildeten handelsrechtlichen Pflichtrückstellungen auf der Aktivseite der Bilanz ein Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung als Bilanzierungshilfe gebildet werden. Das Sonderverlustkonto wurde im Geschäftsjahr entsprechend dem Verbrauch bzw. der Auflösung der betreffenden Rückstellungen um 24 Mio. DM abgeschrieben.

(4) EIGENKAPITAL

Das Kapital der DBP POSTDIENST beträgt am Bilanzstichtag unverändert 9 002 912 321 DM. Hiervon entfallen auf das VGW 8 903 Mio. DM, auf das VGO 100 Mio. DM. Zusätzlich besteht eine Sonderrücklage im VGO gem. § 17 Absatz 4 DMBilG. Sie wurde in Höhe des in der Eröffnungsbilanz zum 1.7.1990 erstmalig gebildeten Sonderverlustkontos bilanziert und unterliegt – unabhängig von der Entwicklung des Sonderverlustkontos – den Auflösungsbeschränkungen des DMBilG und darf nur zum Ausgleich von Verlusten verwendet werden. Im Geschäftsjahr wurde die Rücklage in Höhe von 178 Mio. DM aufgelöst und beträgt nunmehr 640 Mio. DM.

Nach dem PostVerfG soll die Eigenkapitalquote (Eigenkapital im Verhältnis zum Gesamtkapitel) mindestens ein Drittel betragen. Zur Sicherung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung sollen nach § 42 Abs. 4 PostVerfG Gewinne im Unternehmen verbleiben, soweit das Eigenkapital 50 vom Hundert des Gesamtkapitals nicht überschreitet.

(5) SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGENANTEIL AUS ÖFFENTLICHEN INVESTITIONSAUSSCHÜSSEN FÜR DAS VGO

Im 2. Halbjahr 1990 sind dem Postdienst VGO öffentliche Fördermittel für die Durchführung von Infrastrukturverbesserungsmaßnahmen zugeflossen, die nicht von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgesetzt, sondern als Sonderposten passiviert wurden.

Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt ab 1991 in Höhe der mittleren Nutzungsdauer der bezuschußten Anlagegüter; im Geschäftsjahr wurden 5 Mio. DM (20 %) aufgelöst.

(6) RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

Die Pensionsrückstellungen umfassen in entsprechender Anwendung des Art. 28 EGHGB nur die unmittelbaren Pensionsverpflichtungen, soweit sie aus ab 1. Januar 1990 neu begründeten Anwartschaften von beamteten Mitarbeitern und hieraus in den Jahren 1990 und 1991 eingetretenen Versorgungsansprüchen auf Witwen- und Waisenrenten resultieren. Die Verpflichtungen des Postdienstes aus entsprechenden bis Ende 1989 erteilten Versorgungszusagen, für die keine Rückstellungen bestehen, betragen 45 005 Mio. DM. Für nicht beamtete Mitarbeiter bestehen mittelbare Versorgungszusagen über die Versorgungsanstalt der DBP (VAP). Die hieraus anteilig auf den Postdienst entfallenden mittelbaren Verpflichtungen, versicherungsmathematisch berechnet nach den Grundsätzen des § 6a EStG und nach Verrechnung des am Stichtag vorhandenen Kassenvermögens, sind ebenfalls nicht zurückgestellt; sie betragen 9 052 Mio. DM.

(7) RÜCKSTELLUNGEN FÜR STEUERN

Der Postdienst ist als öffentliches Unternehmen von den üblichen Steuerpflichten befreit; stattdessen besteht derzeit die Ablieferungsverpflichtung an den Bund nach § 63 Abs. 1 PostVerfG. Die für 1991 am Bilanzstichtag noch geschuldete restliche Ablieferung beträgt 110 Mio. DM (20 Mio. DM) und ist unter sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Steuerliche Außenprüfungen bei der DBP für Umsatzsteuer und abzuführende Lohnsteuern haben für zurückliegende Zeiträume zu erwartende Nachzahlungen ergeben, die anteilig zurückgestellt wurden. Von den bilanzierten 64 Mio. DM (57 Mio. DM) Steuerrückstellungen betreffen 53 Mio. DM das VGW und 11 Mio. DM das VGO.

(8) SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Die sonstigen Rückstellungen decken alle erkennbaren Risiken und enthalten Vorsorgen u.a. für Urlaubslöhne und -gehälter, Überzeitarbeitsansprüche, Aufwendungen im Rahmen von Tarifverträgen, Beihilfen zu Krankenkosten, Altlastensanierungen, unterlassene Instandhaltungen, Wiederherstellungsverpflichtungen bei Mietobjekten, Verluste aus der Vermietung von Wohnungen an Postangehörige, Sozialplanverpflichtungen sowie Verpflichtungsüberschüsse aus dem Personalbereich, Eigentumsansprüche Dritter auf Grundvermögen, Abbau und Wiederherstellungsverpflichtungen von Postzustellanlagen sowie noch zu erbringende Leistungen für am Bilanzstichtag verkaufte Wertvorgaben für Freistempelmaschinen und Briefmarken. Die Erhöhung der Rückstellungen um 584 Mio. DM entfällt im wesentlichen auf den Personalbereich.

(9) VERBINDLICHKEITEN

Bei den Anleihen handelt es sich um den postintern festgelegten prozentualen Anteil des Unternehmens DBP POSTDIENST an den von der DBP am Kapitalmarkt plazierten Postanleihen einschließlich der Null-Kupon-Anleihen. Der Bilanzausweis betrifft ausschließlich das VGW.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen im wesentlichen in der Form von Schuldscheindarlehen und durch die Übernahme eines „Altkredits", der dem ehemaligen VEB Philatelie Wermsdorf gewährt wurde. Der Bilanzausweis gliedert sich auf in VGW mit 270 Mio. DM (220 Mio. DM) und VGO mit 18 Mio. DM (18 Mio. DM).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ergeben sich aus Währungsverbindlichkeiten aus dem Abrechnungsverkehr mit ausländischen Postverwaltungen, aus Investitionen, Baureparaturen u.a.. Auf das VGW entfallen 357 Mio. DM und auf das VGO 137 Mio. DM.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Schwesterunternehmen DBP POSTBANK sind langfristiger Natur und konnten daher nicht mit den auf der Aktivseite ausgewiesenen kurzfristigen Forderungen gegenüber der POSTBANK saldiert werden. Sie betreffen ausschließlich das VGW.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im wesentlichen Löhne, Gehälter und Bezüge, Ablieferungen an den Bund, Schuldscheindarlehen (soweit diese nicht in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthalten sind), Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und betrieblichen Zusatzversorgung, Sozialaufwendungen und Verbindlichkeiten im Rentendienst. Von den ausgewiesenen 1 680 Mio. DM (1058 Mio. DM) betreffen das VGW 1 464 Mio. DM und das VGO 216 Mio. DM.

Der Verbindlichkeitenspiegel (Anlage 3) gibt einen Überblick über die bestehenden Restlaufzeiten.

Zur Besicherung von Verbindlichkeiten wurden in geringfügigem Umfang Grundpfandrechte eingeräumt.

(10) HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Bürgschaftsverpflichtungen bestehen im Zusammenhang mit der Wohnungsbauförderung in Höhe von 4 Mio. DM (7 Mio. DM).

(11) SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Am Bilanzstichtag bestanden an sonstigen finanziellen Verpflichtungen rd. 885 Mio. DM. Hiervon betreffen 451 Mio. DM das Bestellobligo für Investitionen. Der Restbetrag entfällt auf das Bestellobligo für den betrieblichen Bereich sowie auf Miet- und Pachtzahlungen des Jahres 1992. Auf das VGW entfallen 528 Mio. DM und auf das VGO 357 Mio. DM .

Im Vorjahr waren lediglich die Verpflichtungen für Miet- und Pachtzahlungen des Jahres 1991 mit 243 Mio. DM (VGW) angegeben; eine Ermittlung des Bestellobligos war seinerzeit kurzfristig nicht möglich.

C. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(1) STRUKTUR DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Zusammengefaßt nach den wichtigsten Ertrags- und Aufwandsarten und unterteilt nach VGW und VGO zeigt die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1991 folgendes Bild (die Angabe von Vergleichszahlen 1990 für das VGO ist nicht möglich):

	Gesamt	VGW	(VGW 1990)	VGO
Umsatzerlöse	21 152	19 417	(17 350)	1 735
Übrige Erträge	3 348	2 918	(2 669)	430
	24 500	22 335	(20 019)	2 165
Materialaufwand	-2 607	-2 169	(-2 113)	-438
Personalaufwand	-18 856	-16 742	(-15 072)	-2 114
Abschreibungen	-826	-742	(-815)	-84
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2 354	-1 893	(-1 812)	-461
Beteiligungs- und Zinsergebnis	-38	-124	(-31)	86
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-181	665	(176)	-846
Ablieferungen an den Bund und Steuern	-2 028	-1 855	(-1 671)	-173
Ergebnis nach Ablieferungen und Steuern	-2 209	-1 190	(-1 495)	-1 019
Erträge aus Finanzausgleich	2 031	1 190	(1 495)	841
Jahresfehlbetrag	-178	—	—	-178
Ertrag aus Rücklagenauflösung	178	—	—	178
Bilanzergebnis	—	—	—	—

(2) UMSATZERLÖSE NACH DIENSTLEISTUNGSBEREICHEN

	Gesamt	VGW	(VGW 1990)	VGO
Briefdienst	15 952	14 832	(13 402)	1 120
Frachtdienst	3 723	3 571	(3 046)	152
Postzeitungsdienst und -vertrieb	1 177	848	(751)	329
Sonstige Umsatzerlöse	300	166	(151)	134
	21 152	19 417	(17 350)	1 735

Umsatzerlöse für Marktleistungen an die Schwesterunternehmen DBP TELEKOM und DBP POSTBANK sowie den BMPT sind mit 1 201 Mio. DM enthalten; Kostenerstattungen aus Verbund- und Serviceleistungen an die Schwesterunternehmen sind unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

(3) ÜBRIGE ERTRÄGE

Die übrigen Erträge enthalten neben geringfügigen aktivierten Eigenleistungen und Bestandsveränderungen die Sonstigen betrieblichen Erträge. Letztere umfassen im wesentlichen Erträge aus Verbund- und Serviceleistungen an die Schwesterunternehmen DBP TELEKOM und DBP POSTBANK (2 404 Mio. DM). Hiervon entfallen auf Telekom 1 344 Mio. DM und auf Postbank 1 060 Mio. DM.

(4) MATERIALAUFWAND

Der Materialaufwand teilt sich wie folgt auf:

	Gesamt	VGW	(VGW 1990)	VGO
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	641	498	(463)	143
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 966	1 671	(1 650)	295
	2 607	2 169	(2 113)	438

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren betreffen insbesondere Energiebezüge, Kosten für Druckerzeugnisse und Büromaterial sowie Betriebsstoffe für Kraftfahrzeuge.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen von 1 966 Mio. DM enthalten vor allem Beförderungskosten (1 177 Mio. DM), Instandhaltungen (482 Mio. DM) und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Schwesterunternehmen DBP TELEKOM und DBP POSTBANK (293 Mio. DM).

(5) PERSONALAUFWAND

Der Personalaufwand verteilt sich wie folgt auf das VGW und das VGO:

	Gesamt	VGW	(VGW 1990)	VGO
Löhne, Gehälter und Bezüge	13 700	11 901	(10 778)	1 799
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	5 156	4 841	(4 294)	315
(davon für Altersversorgung)	(2 985)	(2 978)	(2 713)	(7)
	18 856	16 742	(15 072)	2 114

Die über die tarifliche Anhebung der Bezüge wesentlich hinausgehende Personalkostensteigerung im VGW gegenüber dem Vorjahr beruht auf Strukturverbesserungen bei Arbeitern aufgrund eines Sondertarifvertrages, Leistungs- und Ballungsraumzulagen und Arbeitsplatzvergütungen (einschl. Schaltervergütungen).

Diese Bezügeerhöhungen haben sich bei den sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung u.a. wegen der höheren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und der Anpassung der Beamtenversorgungsbezüge sowie hoher Nachversicherungen für ausgeschiedene Beamte überproportional ausgewirkt.

(6) ABSCHREIBUNGEN

Die Abschreibungen entfallen auf:

	Gesamt	VGW	(VGW 1990)	VGO
Abschreibungen auf immaterielle Anlagen und auf Sachanlagen	802	742	(815)	60
Abschreibung auf Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	24	—	(—)	24
	826	742	(815)	84

In den Abschreibungen auf Sachanlagen im VGO sind Auflösungen des Sonderpostens mit Rücklageanteil aus öffentlichen Investitionszuschüssen von 5 Mio. DM verrechnet. Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagen und auf Sachanlagen enthalten außerplanmäßige Abschreibungen auf Gebäude, technische Anlagen und Maschinen, Kraftfahrzeuge und andere Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung von insgesamt 136 Mio. DM. Wesentliche Ursachen waren die Ausbuchung eines in Vorjahren gebildeten Festwertes für Betriebsausstattung, Korrekturen bisher unter den Anlagen im Bau vorläufig aktivierter Beträge und nachträgliche Änderungen in der Zuordnung von Anlagegegenständen aus der Teilung der DBP. Von den außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen 10 Mio. DM auf das VGO.

(7) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

In den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im wesentlichen Verwaltungs- und Vertriebskosten wie Mieten, Pachten, Reisekosten, Provisionen und sonstige Gemeinkosten, der Aufwand für verschiedene Rückstellungszuführungen sowie die Bildung von Wertberichtigungen und Zuschüsse zu Selbstverwaltungseinrichtungen ausgewiesen.

Kostenbelastungen von den Schwesterunternehmungen DBP TELEKOM und DBP POSTBANK sind mit 156 Mio. DM enthalten.

(8) BETEILIGUNGS- UND ZINSERGEBNIS

Das Beteiligungs- und Zinsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	Gesamt	VGW	(VGW 1990)	VGO
Erträge aus Beteiligungen	2	2	(7)	—
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(1)	(1)	(6)	(—)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	—	—	(-1)	—
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	286	118	(173)	168
(davon aus DBP POSTBANK und DBP TELEKOM)	(238)	(72)	(94)	(166)
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(9)	(7)	(7)	(2)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-326	-244	(-210)	-82
(davon an DBP POSTBANK)	(-144)	(-63)	(-108)	(-81)
(davon an verbundene Unternehmen)	(-1)	(-1)	(-1)	(—)
	-38	-124	(-31)	86

(9) ABLIEFERUNGEN AN DEN BUND UND STEUERN

von dem Gesamtbetrag entfallen auf:

	Gesamt	VGW	(VGW 1990)	VGO
Ablieferungen an den Bund	1 982	1 823	(1 651)	159
Sonstige Steuern	46	32	(20)	14
	2 028	1 855	(1 671)	173

(10) ERTRÄGE AUS FINANZAUSGLEICH

Die Forderung auf horizontalen Finanzausgleich an das Schwesterunternehmen DBP TELEKOM gemäß § 37 Abs. 3 PostVerfG wurde als Abschlußbuchung in den Jahresabschluß eingestellt und dem Ergebnis des Geschäftsjahres 1991 gutgebracht.

(11) ERTRÄGE AUS DER AUFLÖSUNG DER SONDERRÜCKLAGE GEMÄSS §17 ABS. 4 DM BilG

Die im VGO bestehende Sonderrücklage wurde im Geschäftsjahr in Höhe von 178 Mio. DM zum Ausgleich von Verlusten aufgelöst.

DIE BILANZ
zum 31. Dezember 1991

D. SONSTIGE ANGABEN

(1) BESCHÄFTIGTE

Im Durchschnitt des Berichtsjahres wurden 385 040 Mitarbeiter (ohne Auszubildende) beschäftigt, die in folgenden Dienstverhältnissen standen:

	Gesamt	VGW	(VGW 1990)	VGO
Beamte	173 542	173 430	(179 143)	112
Angestellte	50 351	20 829	(20 017)	29 522
Arbeiter	161 147	110 142	(100 861)	51 005
	385 040	304 401	(300 021)	80 639

(2) MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS

Die Mitglieder sind in der Anlage 4 im einzelnen aufgeführt.

(3) BEZÜGE DES AUFSICHTSRATS UND DES VORSTANDS

Die Aufwendungen im Berichtsjahr betragen für den Aufsichtsrat 0,6 Mio. DM (0,6 Mio. DM) und für den Vorstand 2,8 Mio. DM (2,6 Mio. DM) .

Bonn, im Juni 1992

DIE BILANZ
zum 31. Dezember 1991

Anlage 1 zum Anhang

Entwicklung des Anlagevermögens in TDM

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Wertberichtigungen					Buchwerte
	Stand 1.1.1991	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31.12.1991	Stand 1.1.1991	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Stand 31.12.1991	Stand 31.12.1991	Stand 31.12.1990/ 1.1.1991
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	28.311	18.612	6	629	46.300	14.099	7.020	21.119	25.181	14.212
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.952.083	166.264	2.238.735	48.256	9.308.826	1.064.240	368.923	1.433.163	7.875.663	5.887.843
2. Technische Anlagen und Maschinen	814.006	39.691	121.553	9.118	966.132	256.173	85.511	341.684	624.448	557.833
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.283.133	181.807	100.533	33.606	1.531.866	365.960	345.913	711.873	819.993	917.173
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.377.801	770.067	–2.460.827	3.303	1.683.738	117.350	—	117.350	1.566.388	3.260.451
	12.427.022	1.157.829	–6	94.283	13.490.562	1.803.723	800.347	2.604.070	10.886.492	10.623.300
III. Finanzanlagen										
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	132.168	7.534	—	—	139.702	—	—	—	139.702	132.168
2. Beteiligungen	55.967	1.491	—	—	57.458	127	57	184	57.274	55.840
3. Ausleihungen für Wohnungsbauförderung	3.224.967	54.592	—	69.650	3.209.909	519	11	530	3.209.379	3.224.448
4. Sonstige Ausleihungen	57.547	86.617	—	18.194	125.970	—	—	—	125.970	57.547
	3.470.649	150.234	—	87.844	3.533.039	646	68	714	3.532.325	3.470.003
Anlagevermögen insgesamt	15.925.982	1.326.675	—	182.756	17.069.901	1.818.468	807.435	2.625.903	14.443.998	14.107.515

Anlage 2 zum Anhang

Verbundene Unternehmen und Beteiligungsunternehmen

I. Verbundene Unternehmen

Gesellschaft	Sitz	Eigenkapital – TDM –	Kapitalanteil %	Ergebnis d. letzten Geschäftsjahres
DAHEIM Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH	Darmstadt	18.227	98,6	2.197 (1990)
Post-Bau-Wohnungsgesellschaft Köln mbH	Köln	16.550	99,9	3.606 (1990)
Postbau Düsseldorf GmbH	Düsseldorf	31.800	99,7	5.995 (1990)
WohnBau Rhein-Main AG	Frankfurt	66.847	54,6	4.008 (1990)
Deutsche Postphilatelie GmbH	Berlin	7.000	100	–2 (1990)
EMS Kurierpost GmbH	Bonn	10.000	100	— (1990)
ISP Immobilien Service POSTDIENST GmbH	Bonn	10.000	100	–244 (1990)
PSG POSTDIENST Service GmbH	Berlin	10.000	100	— (1991)

II. Beteiligungsunternehmen

Gesellschaft	Sitz	Eigenkapital – TDM –	Kapitalanteil %	Gewinn/Verlust – TDM –
Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbaugesellschaft mbH Deutschbau	Berlin	50.000	41,7	7.248 (90/91)
GWG Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Baden-Württemberg AG	Stuttgart	12.750	34,5	3.461 (1990)
Vereinigte Bundesverkehrsbetriebe GmbH	Köln	35.980	47,2	1.363 (1991)

Anlage 3 zum Anhang

Verbindlichkeitenspiegel

	– in TDM – insgesamt	davon Restlaufzeit bis 1 Jahr	davon Restlaufzeit über 5 Jahre
Anleihen	1.931.688	122.923	1.420.000
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	287.540	30.432	40.360
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	896	896	—
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	494.145	494.145	—
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	15.288	15.288	—
Verbindlichkeiten gegenüber DBP POSTBANK	856.451	29.642	536.532
Sonstige Verbindlichkeiten davon gegenüber verbundenen Unternehmen: TDM 2.000 davon aus Ablieferungen an den Bund und aus Steuern: TDM 436.063 davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TDM 130.418	1.680.375	1.598.308	59.018
Gesamt:	5.266.383	2.291.634	2.055.910

Anlage 4 zum Anhang

1. Mitglieder des Vorstands

Dr. Klaus Zumwinkel
(Vorstandsvorsitzender)
Richard Wohlfart
Dieter Seegers-Krückeberg
Dr. Günter W. Tumm
Dr. Hans-Dieter Petram
Wolfhard Bender
Franz Schöll

2. Mitglieder des Aufsichtsrats

Vorsitzender: Dr. h. c. Walter Trux
stellv. Vorsitzender: Kurt van Haaren

Willem G. van Agtmael
Helmuth Becker (ab 2. 9.1991)
Heinrich Berlage
Alfred Breier
Dr. Werner Dollinger
Eberhard Ebner
Winfried E. Frank
Daniel Goeudevert
Gebhard Gotterbarm
Hermann Hoffmann
Dipl.-Kfm. Ulrich Kiel
Horst Kissel
Dr. Peter Klemm
Ida Krinner
Siglinde Porsch
Konrad Porzner (bis 1. 9.1991)
Dr. Erich Riedl
Christine Saurer
Siegfried Schulze
Erwin Wohlketzetter

Bestätigungsvermerk

Zu dem vorstehenden Jahresabschluß zum 31. Dezember 1991 und Lagebericht der Deutschen Bundespost POSTDIENST, Bonn, erteilen wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

> „Die Buchführung und der Jahresabschluß des öffentlichen Unternehmens Deutsche Bundespost POSTDIENST entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Vorschriften über die Aufstellung des Jahresabschlusses nach § 39 Postverfassungsgesetz. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß."

Essen, den 5. Juni 1992

Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
und Steuerberatungsgesellschaft

(C. F. Leuschner)	(B. Klotzbach)
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer